

DEMOKRATISCHER INFORMATIONSDIENST

Herausgegeben vom Anti-Strauß-Komitee – Juli 1985 Nr. 58

2,–



Franz Josef Wimb

Unseren modernsten Rechten ist für ihren Krebsgang nichts, aber auch gar nichts zu blöde, und so philosophiert der Hamburger Notar Christoph Halbe ganz vorchristlich am 25.2.385 in der WELT über:

Vermummung

„In den alten nordischen Rechten bestand der Unterschied zwischen Mord und Totschlag in folgendem: Ließ derjenige, der einen anderen (beispielsweise wegen Blutrache) erschlagen hatte, den Speer oder Dolch im Körper des Erschlagenen, so war er des Totschlags schuldig. Nahm er die Waffe mit, bekannte sich also nicht zur Tat, galt er als Mörder.“

Mörderische Gesinnung ist, die Menschen sich vermummten läßt. Darüber hinwegzusehen hat keinen Sinn. Der Gesetzgeber versagt, der dies nicht zur Grundlage seiner Regelungen macht.“

Wenn schon Rekurs auf alte nordische Rechte als Grundlage der Regelung mörderischer Gesinnung, dann doch bitte konsequent, mein Herr Neo-Wikinger:

Was es heißt "Ein Ehrenbürger zu sein"

Bedeutungsschwere Worte des Franz Josef Strauß anlässlich der Verleihung der Ehrenbürgerwürde der Stadt Regensburg durch CSU und CSU-Oberbürgermeister Viechbacher:

„Ehrenbürger zu sein ist etwas anderes als eine erdiente, erteilte oder erdiente - alle drei sind Wege zu Orden - Auszeichnung am Rockaufschlag. Es ist: eine bürgerliche Ehre!“

Nota bene: dieser Mann denkt nicht nur in Dimensionen, er spricht auch in solchen.

Heinz Jacobi

Über die Notwendigkeit des Autobahnbaus.

Franz-Josef Strauß 1985:

„... mit Stich, mit zwei Stichautobahnen an die tschechische Grenze ist genauso notwendig wie die Fortsetzung der Autobahn München - Hallertau - Elsendorf - Regensburg - Weiden - Schwandorf - Hof - hinaus dann, hin-auf dann in die DDR!“

Wir wollen keine Fremdenverkehrsautobahnen mehr, wie man früher einmal geplant hat.“

Trotzdem: Wir bauen wieder Autobahnen! Wofür sie noch früher gebaut wurden?

Blutaar. Das Ritzen des Blutaars (alt-nordisch rista blodörn) war eine besonders grausame Art der Tötung, bei der dem Opfer bei lebendigem Leib die Rippen vom Rückgrat abgetrennt, wie Adlerschwinge auseinandergefaltet und die Lungenflügel herausgezogen wurden. ...

Für einen Blutaar-Versuch stellt sich der Fan alter nordischer Rechte sicher gerne (beispielsweise wegen Sado-Masochismus) den blonden Bestien zur Verfügung, denn ein Gesetzgeber versagt, der dies nicht zur Grundlage seiner Regelungen macht. Er bekenne sich zur Gesinnung, nehme das nordische Recht auf sich, und alle werden des froh sein. Denn bei handhafter Tat' erhebt man ein „Gerüfte“, die Auslösung der Todesart findet unter notarieller Aufsicht statt, und ebenfalls unter notarieller Aufsicht findet man - bei Überspringen des Mittelalters und Blutaar-Ritzens - direkt ins Neandertal, wo Halbe als ganzer Mann unvermummt knurrend mit dem Faustkeil auf uns wartet. Darüber hinwegzusehen hätte gar keinen Sinn.

Das Franz-Josef-Ei

Dr. h. c. Franz Josef Strauß
Vorsitzender der Christlich Sozialen Union
Bayerischer Ministerpräsident
— persönlicher Referent —
München, 8.3.1985

heg/k

An die Herausgeberin der Abendzeitung
Frau Anneliese Friedmann
Sendlinger Straße 79
8000 München 2

Sehr geehrte Frau Friedmann,

wir wurden dieser Tage darauf aufmerksam gemacht, daß sich in den WC-Anlagen im 3. Obergeschoß des Redaktionsgebäudes der Abendzeitung in der Sendlinger Straße Aufkleber der CSU und solche mit dem Porträt des Herrn Ministerpräsidenten befinden sollen.

Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie veranlassen könnten, daß diese möglichst umgehend entfernt werden. Diese sind in eindeutig herabwürdigender und verletzender Absicht angebracht. Damit ist der Tatbestand einer Beleidigung erfüllt.

Für eine kurze Nachricht wäre ich Ihnen dankbar.

Mit freundlichem Gruß
Christian Hegemer

★

Dies ist keine Satire, sondern die wörtliche Wiedergabe eines Briefes des Büros des Bayerischen Ministerpräsidenten Franz Josef Strauß an die Herausgeberin der Münchner Abendzeitung

Inhaltsverzeichnis:

Revanchismus als Staatspolitik	Seite 3
Schlesien bleibt polnisch	Seite 10
Strategische Versöhnungsinitiative oder Vorsicht, der Versöhner geht um	Seite 13
Über das Göttliche der westlichen Welt	Seite 14
Strauß in Aktion	
— Die Stimme seines Herrn	Seite 18
— Bayern verschärft Berufsverbot	Seite 19
— Nationale Weihestätte für Kaiser Franz Josef	Seite 20
— Wie Spranger die Verfassung schützt	Seite 20
— „Schwelle zum Extremismus-Verdacht“	Seite 20
— Über Äther und Kabel	Seite 21
Antifaschisten in Aktion	
— Nesselwang:	
Trotz weltweiter Proteste: SS marschiert	Seite 22
— Nazifreie Zone in Aachen	Seite 23
— Augsburg:	
Politische Verantwortung	Seite 25
Die Schutzengel eines Massenmörders	Seite 26

Zur letzten Seite

Franz Josef Strauß wurde vom Promotionsausschuß des Geschwister-Scholl-Instituts der Ludwig-Maximilians-Universität zum Ehrendoktor ernannt. Begründung für Strauß' Ehreung ist u. a. seine Leistung im Bereich „Konstanz und Wandel politischer Grundwerte“.



Revanchismus als Staatspolitik

Es war nicht schwer vorauszusehen, daß Kohl in Hannover bei diesem seinem Auftritt so oder so ins Fettnäpfchen treten würde. Es war doch klar, daß er es den Berufsrevanchisten nicht recht machen konnte, ohne im Ausland als „Pangermane“ dazustehen. Und daß er keiz. noch so unverbindliches Wörtchen von Grenzanerkennung loswerden konnte, ohne die Revanchisten gegen sich aufzubringen. Daß er schließlich beides geschafft hat - nämlich ein Pfeifkonzert und Zurufe wie „Verräter“ und „Heuchler“ auf dem Schlesiertreffen zu ernen und die Schelte aus dem Ausland - das war unvermeidbar.

Der Kohl hat seine Schuldigkeit getan..

Mit diesem Auftritt, mit dem die Revanchistenverbände und ihre Forderungen aufgewertet wurden, hat Kohl den Ostlandrittern einen neuerlichen großen Dienst erwiesen. Seit Adenauer

traten auf revanchistischen Großkundgebungen niemals so viele Mitglieder der jeweiligen Regierung als Redner auf, wie unter der Regierung Kohl. Zum erstenmal trat 1984 ein Bundespräsident bei einer landsmannschaftlichen Kundgebung auf und solidarisierte sich mit der Politik der Ostlandritter. Der Auftritt von Kohl in Hannover sollte ein besonderer Erfolg für die revanchistische Expansionspolitik werden und wurde von Hupka schon Monate vorher in Szene gesetzt. Das diesjährige „Deutschlandtreffen der Schlesier“, 40 Jahre nach der Kapitulation der Hitlerarmee, sollte laut Ankündigung Hupkas zur bisher größten Manifestation für den Anspruch auf die Ostgebiete gemacht werden. Schon das Hick-hack um das Motto des Treffens hatte viel Aufmerksamkeit erzeugt. Hupka hatte die Unverfrorenheit, die provokative Losung „Schlesien bleibt unser“ durch eine noch deutlichere Formulierung zu ersetzen: „Schlesien bleibt unsere Zukunft in einem Europa freier Völker.“ Es geht um mehr, als

„nur“ um Schlesien zu befreien! Mit der Debatte um das Motto und den Artikel eines „rechtsradikalen Wirtkopf“ - wie Kohl abwiegelte - über den Einmarsch der Bundeswehr in Polen wurde erreicht, „daß der Verlust der deutschen Ostgebiete wieder mehr ins Bewußtsein der Bevölkerung gedrungen ist“, so Hupka zufrieden.

So wurde Kohl vor seinem Auftritt immer wieder klar gemacht, daß es trotz aller Verdienste seiner Regierung für die Profilierung der Revanchisten, von ihm der Standpunkt erwartet wurde, wie ihn Strauß vorgegeben hatte: Die Westgrenze Polens werde von der BRD bisher nicht anerkannt und dürfe auch in Zukunft nicht anerkannt werden.

Der Kohl kann gehn...?

Wenn es nach den schwarzbraunen Führern der Landsmannschaften geht, dann schon. Das klang in Hannover nicht nur durch Aufkleber und ein Transparent an: „Auf Kohl können wir verzichten - auf Schlesien nie!“.



Strauß von den Revanchisten gefeiert (hier mit Carstens auf dem Pfingsttreffen der Sudetendeutschen Landsmannschaft)

Tosender Beifall für Strauß

Die ganze Verehrung und Gunst der versammelten Ostlandritter wurde dem schärfsten Kritiker und Konkurrenten von Kohl entgegengebracht. Ihr Idol mußte dazu nicht einmal extra anreisen, wie der andere, der sich deswegen auch noch für so unentbehrlich hielt. „Der herzliche Groß an Franz Josef Strauß“, ausgesprochen von dem Vorsitzenden der Schlesischen Jugend, Koschik, löste einen demonstrativen Beifall unter den 15.000 Besuchern aus, der die Messehalle erbeben ließ. Auch beim Einzug der Fahnen sämtlicher „deutscher“ Länder und Gaue rief die Vorstellung Bayerns Begeisterungstürme hervor. Kohl bekam zu spüren, daß nach wie vor Strauß bei den Revanchisten das Sagen hat und daß ihnen die Regierung nicht konsequent genug bei der Durchsetzung ihrer Ziele auftritt.

Revanchismus als Regierungspolitik

wird nicht erst seit der „Wende“ betrieben. Ausnahmslos alle bisherigen Bundesregierungen haben die Anmaßungen der Landsmannschaften, legitime Vertretungen, ihrer „Heimatgebiete“ zu sein, bestätigt. Sie haben den „Vertriebenen“ und deren Nachkommen Besitzansprüche auf den Osten zugesichert und damit das „Interesse“ am Osten wachgehalten. Selbst die SPD-Regierungen haben hier nicht gewagt, etwas zu ändern.

Adenauers „Interpreten der Ostpolitik“

Adenauer sah seine Aufgabe darin, direkt nach dem Krieg für die wiedererstarkten deutschen Monopole eine Politik für die Zurückeroberung der verlorenen Ostgebiete zu betreiben.

Als Vasall der USA setzte Adenauer auf die roll-back-Strategie, d. h. auf die Möglichkeit eines neuen Angriffskrieges gegen Osten zur Liquidierung der DDR und zur Revision der bestehenden Nachkriegsgrenzen.

Für diese aggressiven Ziele der Kriegsgewinnler zweier Weltkriege benötigte Adenauer eine organisierte und zentral gelenkte Massenbasis, einen Stoßtrupp zur Propagierung des Revanchismus. So war Adenauer der Vorkämpfer für die Aufhebung des Koalitionsverbotes der Alliierten, mit dem verhindert werden sollte, daß die alten Naziführer, Führer der 5. Kolonnen und Deutschumsexperten die Millionen von Umsiedlern für ihre alten Ziele einspannen konnten. Er holte obendrein jede Menge der unverhohlenen Revanchisten in sein Kabinett und errichtete zwei revanchistische Ministerien, das „Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegssachgeschädigte“, sowie das „Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen“, deren Minister und Staatssekretär zumeist zugleich führende Funktionäre der Revanchistenverbände waren.

So konnte der ehemalige Führer der 5. Kolonnen in Polen, Oberländer, als Bundesvertriebenenminister von 1953 bis 1960 seinen Erfahrungsschatz direkt an den Mann bringen. Der faschistische Blutrichter und Spezialist bei der Durchsetzung der faschistischen Ausrottungspolitik in Polen, Hans Krüger, war von 1963 bis 1976 Bundesvertriebenenminister und zugleich seit 1958 Präsident des Bund der Vertriebenen (BdV). Auch für andere Ministerien waren die braunen Herren gerade recht. Langjähriger Minister für Verkehr war Christoph Seeböhm, der 1958 bei einem Sudetentreffen davon

tönte, „wie aus dem Osten die Tollwut auf uns zukommt“.

„Erwecker von Neuordnungs- und Befreiungsgelüsten“

Es war die Aufgabe solcher Leute, bei den Umsiedlern das Interesse an ihrer „Heimat“ aufrechtzuerhalten und sie als Werkzeuge für den Drang nach Osten zu mißbrauchen.

Das geschah u. a. auch dadurch, daß die Umsiedler ganz bewußt in der BRD benachteiligt wurden. Noch 1956 lebten über 200.000 Umsiedler in erbärmlichen Baracken. Die Arbeitslosigkeit war fast doppelt so hoch wie bei der einheimischen Bevölkerung. Obendrein wurde ihnen ständig eingeredet, ihre Aussiedlung sei nur vorübergehend, weil zu Unrecht erfolgt.

Wenn auch die roll-back-Vorstellungen und der darauf folgende sog. „Kalte Krieg“ (das war der Versuch, dasselbe Ziel der Einverleibung der DDR mit anderen Mitteln, der Schwächung und Isolierung der DDR zu erreichen) an der UdSSR und der DDR scheiterten, so konnten Adenauer und Strauß dennoch große Erfolge ihrer Politik verzeichnen: der Aufbau der Bundeswehr und die Eingliederung der BRD in die NATO gingen über die Bühne.

Die Rolle von Strauß beim SPD-Kurswechsel

In der Phase des Kalten Krieges hatte Adenauer leider auch aus den Reihen der SPD-Führung aktive Kampfgefährten. Kurt Schumacher hatte gleich nach dem Einmarsch der westlichen Truppen ein „Büro Schumacher“ errichtet, das eine eigene, gegen den Zentralschuß der SPD in Berlin gerichtete Politik betrieb. Bereits im August 1945 gab Schumacher Richtlinien für die Nachkriegspolitik der Sozialdemokratie heraus. Darin stellt er fest, daß die „russische Besatzungszone ... zu weit nach Westen gerückt“ sei. Auch sei die deutsche Ostgrenze zur „Bildung eines neuen Polens viel zu weit westlich gelegen.“ Man müsse daher „um jeden Quadratmeter deutschen Bodens jenseits dieser Linie“ kämpfen. 1949 rühmte er sich im Bundestag: „daß die sozialdemokratische Partei 1945 längere Zeit die einzige gewesen ist, die sich in Deutschland und vor der Weltöffentlichkeit gegen die Oder-Neiße-Linie gewandt hat.“ Viele SPD-Mitglieder wollten sich dennoch nicht unter die revanchistische Politik Adenauers unterordnen. Es erschienen in SPD-Organen immer wieder Artikel dagegen.

Deshalb eröffneten die Landsmannschaftsfunktionäre 1958 ein Trommelfeuer gegen die SPD und forderten die absolute Gleichschaltung von Opposition und CDU/CSU mit der Lands-

(Leute wie der Schlesier Mende und der Altnazi und „Flüchtling“ Zoglmann wechselten von der FDP zur CDU, um für ein Mißtrauensvotum gegen Brandt die Stimmenmehrheit zu liefern).

Der Kanzlerkandidat der „Vertriebenen“

Die Berufsvertriebenen begrüßten 1980 enthusiastisch die Kanzlerkandidatur von Strauß. Sie versicherten ihrem Idol und ihrer Gallionsfigur, alles ihnen Mögliche zu tun, um zu seinem Wahlsieg beizutragen.

Kein Wunder, denn jahrelang hat Strauß den „Vertriebenen“-Verbänden seine Gunst erwiesen. Gezielt hat er sich nach dem Krieg für die Ansiedlung der Sudetendeutschen in Bayern eingesetzt. Er hoffierte sie als vierten Stamm und erhoffte sich davon Stimmvieh und Unterstützung für seine revanchistische Politik. Der Sprecher der sudetendeutschen Landsmannschaft, Walter Becher, erklärte im Jahre 1979:

„Die Bereitschaft unser Schirmland als Ordnungszelle einer deutschen und europäischen Freiheit tatkräftig mitzutragen und allenthalben zu unterstützen.“ (Neue Kommentare 2/79) Man muß dabei wissen, daß der Begriff der „Ordnungszelle“ keine Erfindung von Becher ist, sondern ein historischer Begriff. Er entstand nach dem Sieg des Kapp-Putsches in Bayern, der im gesamten übrigen Reich am Widerstand der Arbeiter scheiterte. Gustav von Kahr von der Bayerischen Volkspartei (BVP, Vorgängerin der CSU) wurde damals bayerischer Ministerpräsident und schuf die „Ordnungszelle Bayern“ gegen das „marxistisch verseuchte Berlin“. In dem monarchistischen und nationalen Sumpf der bayerischen Ordnungszelle konnte ein Hitler groß werden und seinen Marsch auf Berlin antreten.

Becher, der die „Ordnungszelle“ zu neuem Leben erwecken will, ist CSU-MdB und Vorstandsmitglied des 1950 von Funktionären der faschistischen, sudetendeutschen Henleinpartei gegründeten Witikobundes, dessen Mitgliedern Strauß 1977 in Kaufbeuren bestätigte, sie seien „Vorkämpfer der Freiheit“. 1978 übernahm Bayern die Patenschaft über die Landsmannschaft Ostpreußen. Die Landsmannschaft dankt: „Wir sind der Überzeugung, daß unsere Anliegen auch bei der neuen bayerischen Regierung unter dem Ministerpräsidenten Franz Josef Strauß gut aufgehoben sind ...“ (NK, 02/79).

Allen Grund zum Gratulieren hatte der „Schlesier“, als Strauß 1979 zum Kanzlerkandidaten der CDU/CSU gekürt wurde: „Der Kanzlerkandidat der

Am 9. November 1947, am Jahrestag des Marsches Hitlers auf die Feldherrnhalle, trafen sich in Waldkraiburg ehemalige NS-Größen im Sudetenland, um den Witikobund, das ideologische Zentrum der Sudetendeutschen Landsmannschaft, zu gründen. Einer von ihnen z.B. Dr. Walter Becher: Antisemitischer Hetzer im NSDAP-Blatt „Die Zeit“ im Sudetengau. SZ vom 19./20.4.59: „In vielen Fällen endete der 1938 mit Dr. Bechers Hilfe an Prager Juden verübte Rufmord kurze Zeit später mit blankem Totschlag“.

Nach 45 war Becher u.a. Mitglied des Rundfunkrates, Generalsekretär des Sudetendeutschen Rates.

Unionsparteien, Franz Josef Strauß biete die Gewähr, daß unter seiner Kanzlerschaft wieder Politik in Verantwortung für Deutschland in allen seinen Teilen betrieben werde.“ Und oben zitierter Becher preist sogar die Vorzüge des Kanzlerkandidaten:

„Schmidt findet in der CDU keinen Gegenpart. Kohl fehlt die Fähigkeit, im entscheidenden Augenblick zu handeln ... die geborene Potenz gegen die Volksfrontpolitik ist das Naturtalent Strauß ... Strauß ist der Träger einer innen- und außenpolitischen Entwicklung, die Mut aberlangt und angenommen werden muß. Dazu soll auch unser Bund beitragen!“ (Witikobrief, 2/79).

So wurden die Revanchisten zu den eifrigsten Stützen der Straußschen „Sammlungsbewegung zur Rettung des Vaterlands“, die dieser 1970 gegen die sozialliberale Politik und vor allem deren Außenpolitik proklamierte.

Aufschwung seit der Wende

Nach der Wende half die Kohl-Regierung nur zu gern, den Revanchisten wieder ein breiteres Forum für ihre Ansprüche zu verschaffen, sie machte sich bereitwillig zu ihrem Sprachrohr.

Zimmermann gab gleich zu Beginn seiner Amtszeit die Richtung an: „Tendenzen, die deutsche Frage auf die Bundesrepublik und die DDR zu beschränken und die ostdeutschen Gebiete jenseits von Oder und Neiße nicht einzubeziehen, wird es bei der neuen Bundesregierung nicht geben.“ Mehr als 40 unverholene Revanchisten sind heute Bundestagsabgeordnete, die ihr Mandat für ihre großdeutsche Stimmungsmache benutzen können.

Der „Schlesier“ bemerkt anerkennend „Akzente in der Deutschlandpolitik“, „die es in den letzten 13 Jahren unter SPD-geführten Bundesregierungen nicht gegeben hat.“ Wenn einmal nicht alles nach Wunsch der Revanchisten läuft, dann hagelt es Kritik, dem

alten Motto, „... der regierenden Mehrheit das Rückgrat zu stärken, immer etwas mehr zu fordern, als diese durchsetzt, sie zu warnen, zu tadeln und ihr damit die Möglichkeit zu geben, daß sie in internationalen Verhandlungen unter Berufung auf die Opposition fester auftreten kann...“ (Der damalige CSU-Funktionär in der Sudetendeutschen Landsmannschaft, Franzl, 1963). Kohl hat sich natürlich die höchste Auszeichnung der Revanchistenverbände verdient, die Plakette des BdV „für Verdienste um den deutschen Osten und das Selbstbestimmungsrecht“. Czaja vom Bund der Vertriebenen hob in der Laudatio am 26. 10. 84 hervor: „daß Kohl: „auf Großkündigungen der Vertriebenen ... sich wie seit Jahrzehnten kein Bundeskanzler mehr zu den deutschen Heimatvertriebenen bekannt und vor sie gestellt hat.“

„Wer Deutschland hat, hat Europa“

(Henning, parlamentarischer Staatssekretär, CDU)

Ist nun seit der Wende die deutsch-ländliche Rolle von Strauß beendet, überflüssig, von Kohl abgedeckt?

Nun, bekanntlich hat sich Strauß seit der „Wende“ nicht auf s Altenteil gesetzt, am allerwenigsten in den brisanten Fragen der Deutschland- und Außenpolitik.

Mit seiner so bezeichneten „deutsch-deutschen Annäherung“ hat Strauß allerdings eine völlige Kehrtwendung seiner Politik vollzogen - wie viele meinten. Inzwischen wurden nämlich die Grenzen der Europa-Politik deutlich. Die EG-Partner machen Schwierigkeiten und setzen Pflöcke gegen die immer weiter um sich greifende west-deutsche Vorherrschaft.

Strauß betont zwar jetzt immer noch die enge Verbindung zwischen der Einheit Europas und der deutschen Einigung, aber er will jetzt direkt mit der DDR verhandeln. Mit der Kreditvermittlung erwarb er die Eintrittskarte dazu. Der Milliardenkredit bedeutete ein Programm zur Durchsetzung der Revanchepläne mit wirtschaftlichen Mitteln, mit dem Versuch der Anbindung der DDR an Westeuropa, an das Wirtschaftssystem der BRD. So soll die DDR geschwächt werden und erpressbar gemacht werden. Die Tätigkeit von Strauß als Kreditvermittler hat viele seiner Anhänger aus den Kreisen der Revanchisten zunächst verwirrt. Inzwischen ist deutlich geworden, daß Strauß den Anspruch auf die DDR damit nicht aufgibt.

So betonte er z. B. auf dem Parteitag der CDU 1984: Mit der Intervention in der DDR „habe ich keine Änderung

meiner Gesinnung oder meiner politischen Einstellung verbunden ... Das mußte einmal gesagt werden. „Ich bin nur flexibler geworden in der Wahl der Mittel“. An anderer Stelle nennt er die Kreditgewährung an den Osten „politische Generalstabsarbeit“, die in den Osten hineinwirkt, um ihn wieder näher an den gesamteuropäischen Kultur- und Wirtschaftskreis heranzuführen.

Gerade in der Zeit vor dem „Schlesier-Treffen“ in Hannover häuften sich wieder seine Sprüche darüber, daß ein „wiedervereinigtes“ Deutschland nicht an die Verträge gebunden sei, die die Bundesregierung abgeschlossen hat. Insbesondere könne dann der „Rechtsanspruch“ auf Schlesien und die anderen Westgebiete Polens eingefordert werden. Henning hat mit seiner Formel „Wer Deutschland hat, hat Europa“ sehr genau das Straußsche Konzept der deutsch-deutschen Annäherung verstanden. Und er zeigt zugleich, daß dieses Konzept der Wiedervereinigung alles andere als friedlich ist. Selbst wenn die angestrebte „freiheitliche Föderation“ mit friedlichen Mitteln erreichbar sein sollte, die damit gewonnene Position der Stärke will Strauß sofort benutzen, um das alte Ziel der Ostexpansion endlich durchzusetzen. Nicht zu Unrecht warnte der rechte italienische Politiker Andreotti vor einem neuerlichen Pangermanismus. Sein Vorwurf des „Pangermanismus“ (historische Bezeichnung für das Streben des deutschen Imperialismus, fremdes Territorium zu „germanisieren“) zeigt, wie sensibel nicht nur die

„Rechtsverwahrsaktionen“

- Die Sudetendeutsche Landsmannschaft organisierte 1978 eine Kampagne zur „Aufrechterhaltung der Vermögensansprüche der Sudetendeutschen.“ Jedes Mitglied erklärte auf einem Vordruck, daß es selbst und seine Erben auf sein Recht auf früheres Vermögen bestehen und darüberhinaus Anspruch auf „Gemeinschaftsvermögen“ erheben. Als Entschädigungssumme werden 53,3 Milliarden Dollar angegeben.

- Auch die „Gemeinschaft ost- und sudetendeutsche Grundeigentümer“ startete 1982 eine ähnliche Aktion. Sie schickte die vorgedruckten Schreiben gleich an die Gemeinden und Bürger der VR Polen, um dort Unruhe zu stiften.

- Neuestes Beispiel 1985: Die Schlesische Landsmannschaft droht der polnischen Regierung „Land oder sonstiges Grundeigentum zu verkaufen oder zu verschenken“, das den „aus Ostdeutschland vertriebenen Deutschen gehört.“

Weiter heißt es in der Zeitung „Der Schlesier“:

„Jeder, der sich jetzt herbeiläßt, von der VR Polen verwaltetes deutsches Land zu übernehmen, muß damit rechnen, eines Tages das mühsam aufgebaute Anwesen ohne jeden Rechtsanspruch wieder zu verlieren.“

östlichen, sondern auch die westlichen europäischen Länder auf die Möglichkeit eines solchen starken wiedervereinigten deutschen Staates reagieren. Sie erkennen die Bedrohung, die dieses Deutschland für sie (ein drittes Mal) bedeuten könnte. Daß der CSU-Experte für die Deutschlandpolitik, Wagner, krampfhaft versucht, dies zu leugnen, zeigt nur, wie sehr diese Tatsache im Raume steht. Wagner in Hannover: „Die Behauptung, auch die Westmächte wollten keine deutsche Einheit, sei eindeutig eine Fabel!“

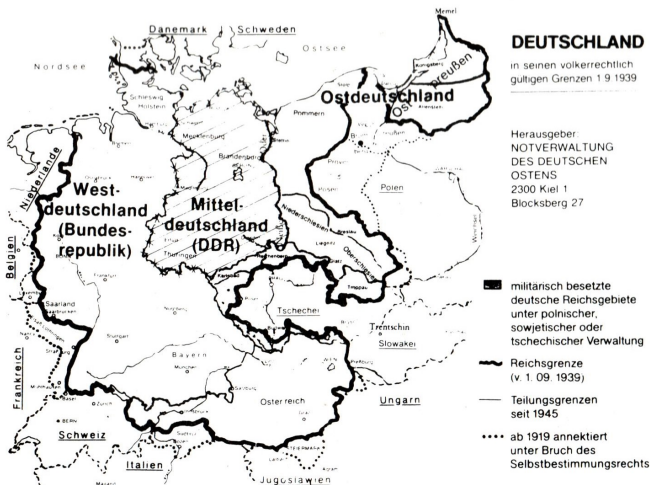
Revanchismus braucht den Krieg

Im Januar dieses Jahres erschien in dem Revanchistenblatt „Der Schlesier“ der berühmt gewordene Artikel des Spinners Finke, der seine Vorstellungen und sein Verständnis der Pläne zur Wiedervereinigung Deutschlands zum Besten gab. Thomas Finke träumte davon, wie Bundeswehrpanzer, ohne auf nennenswerten Widerstand zu stoßen, bis zur polnisch-sowjetischen Grenze vorstoßen.

Die Aufregung war groß, die Reaktionen von CDU und schlesischer Landsmannschaft aber äußerst widersprüchlich: einerseits wurde der Autor als „unreif“ und „wirrer Geist“ hingestellt und andererseits wurde er aus erstaunlich vielen Organisationen ausgeschlossen. Je mehr Ausschlüsse das wurden, umso mehr wurde von den jeweiligen Organisationen vermieden, inhaltlich auf den Finke-Artikel einzugehen. Richteten sich die Ausschlüsse eigentlich gegen die Inhalte des Autors? Gegen die Zielsetzung - Rückeroberung der DDR und der ehemaligen Ostgebiete - sicher nicht. Hupka und Co sind tagtäglich dabei, diese Ziele unter Volk zu bringen. Auf dem jüngsten Schlesier-Treffen in Hannover heizte er die Stimmung im Saale (vor Kohls Auftritt) wie folgt an: „Breslau ist und bleibt die Hauptstadt Schlesiens. Deutschland ist größer als die Bundesrepublik.“ Warum regte er sich eigentlich so über Finke auf? Der CDU-Abgeordnete Sauer, ebenfalls in Hannover, „Die Polen besitzen Schlesien, aber die Schlesier bleiben Eigentümer.“

Oder Dregger: Der Rechtsaußen im Spiegel (6/1985): „Ich sehe keine grundlegenden Differenzen zwischen der Führung der Vertriebenen und der deutschen Ostpolitik. ... Wir akzeptieren die Tatsache, daß schon diejenigen, die diese Verträge auf deutscher Seite abgeschlossen haben, einen Friedensvertragvorbehalt gemacht und erklärt haben, daß diese Verträge der Bundesrepublik Deutschland keine Anerkennung der bestehenden Grenzen enthalten.“

Nein, die Zielsetzung kann es nicht sein. Neu an Finkes Artikel ist vielmehr, daß er einen konkreten Plan ent-



Forderungen der „Notverwaltung des deutschen Ostens“ nicht nur nach den Grenzen von 1937, sondern nach den Grenzen von 1939!

wickelt hat, wie diese Zielsetzung verwirklicht werden könnte und daß er interessanterweise als Voraussetzung dafür die Ablösung der Kohl-Regierung fordert. Davon hat sich niemand distanziert. Die Politik blieb unbestritten, deren Autor nicht Finke heißt.

„Die Lösung der deutschen Frage hängt im Wesentlichen davon ab, wie stark oder wie schwach die Sowjetunion ist.“ Soweit Finke. Berufen tut er sich sodann auf den „bayerischen Ministerpräsidenten Franz Josef Strauß“, der „diese Tatsachen einmal mit folgenden Worten (umschrieb): „Der Schlüssel zur deutschen Frage liegt in Moskau.“ Bei Finkes nachfolgenden Gedanken, wie „die Politiker des Westens den Prozeß des Zerfalls (der Sowjetunion d.V.) durch entschlossenes Handeln beschleunigen“ können, muß er wieder Strauß im Auge gehabt haben, der bei seinem Handeln stets um die „Destabilisierung des Ostens“ bemüht ist. Finke: *„Die sowjetisch-chinesische Grenze bildet einen weiteren Gefahrenherd für*

Vorbild Falkland-Krieg

Der nach Großbritannien ausgewanderte Sudetendeutsche Harvey Hochfelder zog begeistert „Schlußfolgerungen“ aus dem Falklandkrieg für die „Lösung“ der „Schlesien- und Pommernfrage“:

„Es gibt nicht 1800, sondern über 3 Millionen Sudetendeutsche, und das Sudetenland gehörte ihnen bereits ein paar hundert Jahre, als die Falklandinseln entdeckt wurden. Das Sudetenland ist weder tausend noch hundert Kilometer vom deutschen Sprachgebiet entfernt, es grenzt unmittelbar daran und gehört dazu. Wenn ein Territorium wie die Falklandinseln von etwa 12000 qkm 150 Jahre nach seiner Besitznahme durch die Briten noch auf einer Tagesordnung der Weltgeschichte steht, um wieviel berechtigter sind wir, unseren Anspruch auf die Rückgabe des Sudetenlandes zu erheben.“

den Bestand des sowjetischen Staates ... China wird für die Sowjetunion zu einem sehr ernst zu nehmenden Konkurrenten auf wirtschaftlichem Gebiet.“ Weil Strauß diesen Konflikt zwischen China und der Sowjetunion in seiner Bedeutung für Westdeutschland erkannte, war er einer der ersten westeuropäischen Politiker, die China besuchten.

Finke hat lediglich zum Ausdruck gebracht, was die „friedliche“ Politik des Milliardenkredits und der „Destabilisierung des Ostens“ heute so nicht sagen will. Daß sie nämlich ihre Ergänzung findet in der Vorbereitung direkter militärischer Vorstöße. Das macht man heute noch nicht zur offiziellen Politik, aber warum nicht einmal propagieren lassen, was Sache ist.

Die von Finke verbreitete Vorstellung deckt sich mit der Politik von Strauß, die auf alten „nationalen“ Ansprüchen besteht, aber sich nicht damit begnügt, ewig nur „Rechts“-positionen hochzuhalten, sondern nach realistischen Wegen sucht, diese durchzusetzen.

Zum Thema:

Die Folge Curricularer Lehrpläne:

„Es wäre toll, wenn wir das Land zurückbekommen würden. Wir würden dann vielleicht eine noch größere Macht werden“

so Petra, 14 Jahre, Realschülerin. Einer von vielen gleichlautenden Schüleraufträgen zum Thema „Wiedervereinigung“, 1978. Bestürzt fragte man sich damals in der Presse, wie es zu solchen Aussagen kommen könne.

Die Meinung Petras ist nur die konsequente Folgerung dessen, was spätestens seit 1956 Lernziel an westdeutschen Schulen ist: „Der deutsche Osten muß den Deutschen, besonders der Jugend bekannt und vertraut sein ... Die Deutschen sollen ein inneres Verhältnis zu den Vertreibungsgebieten als Heimat eines Teils ihres Volkes haben... Das gesamte Erziehungs- und Bildungswesen der Deutschen muß dieser Aufgabe gerecht werden, vor die unser Volk durch den Einbruch des Sowjetsystems in Mitteleuropa, durch die Vertreibung der Deutschen aus Ostmitteleuropa und durch die Spaltung Deutschlands ... gestellt worden ist. Das Schicksal Deutschlands und Europas wird wesentlich davon abhängen, ob es gelingt, diese Aufgabe zu meistern“, so der Ostkundelehrer aus dem Jahre 1956, der 1972 und 73 neu bestätigt wurde.

Die Meinung Petras ist die konsequente Folgerung von der „Darstellung der Grenzen des Deutschen Reiches vom 31. 12. 1937 auf politischen ... großformatigen physischen Übersichtskarten Mitteleuropas und Deutschlands“ (Beschluß der KMK vom 12. 2. 81)

Sie ist die konsequente Fortsetzung davon, für die Ortsbezeichnungen in den „ehemaligen deutschen Ostgebieten“ nur deutsche Namen zu verwenden; soweit die „Übersichtlichkeit nicht leide“, soll es erlaubt sein, die fremdsprachigen Namen in Klammern zu verwenden, heißt es weiter in dem Beschluß.

Sie entspricht genau dem, was Ostkundewettbewerbe „vermitteln“ sollen, z.B. heißt es dort 1985: „Der Einmarsch deutscher Truppen in die Sowjetunion 1941 wurde von vielen Völkern dieses Staates in der Hoffnung begrüßt, befreit zu werden“.

1953 wurde die „Bundesarbeitsgemeinschaft für deutsche Ostkunde“ aus den Erziehergemeinschaften der Revanchistenverbände gegründet. Vorstand der „Arbeitsgemeinschaft Sudetendeutscher Erzieher“ z.B. war Theo Keil, ehemaliger NS-Gaubeauftragter für das Erziehungswesen im Sudetenland.

1974 wurde er Mitglied im „Beirat für Ostkunde“ im bayrischen Kultusministerium. Solche „Fachleute“ sind zuständig für Tagungen, Wochenendseminare für Lehrer, wie für die Ausrichtung der Lehrpläne und die berechtigten Ostkundewettbewerbe. Die „Ostkunde“ ist völlig in der Hand der „Vertriebenen“ natürlich mit staatlicher Finanzierung.

Einfluß auf Rundfunk und Fernsehen

Die „ton“angebenden Amtsträger der Revanchistenverbände haben immensen Einfluß auf die Programm-Politik der Massenmedien. Sie sitzen breit in deren Kontroll- und Lenkungsorganen. Nur 3 Beispiele:

- Deutschlandfunk Köln: Czaja ist Mitglied des Rundfunkrates;
- Deutsche Welle Köln: Hupka ist Vorsitzender des Rundfunkrates;
- ZDF: Wollner (Vizepräsident des BdV und der Paneuropa-Union) ist Mitglied des Fernsehrates

Damit nicht genug:

- Die Revanchisten verlangen, ähnlich wie im Bayerischen Rundfunk, in allen Anstalten, v.a. aber im Fernsehen, spezielle „Redaktionen für Ostfragen“ zu schaffen.
- Die „Ost-Mitteldeutsche Vereinigung - Union der Vertriebenen und Flüchtlinge in der CDU/CSU“ forderte auf dem Kölner Parteitag der CDU 1983 von den Fernsehanstalten „die Darstellung von ganz Deutschland in allen seinen Teilen in den Sendungen und auf den Landkarten.“ Es genügt diesen Leuten also nicht, daß auf dem Bildschirm Abend für Abend „lediglich“ die DDR der BRD zugeschlagen wird.
- Mit der Verleihung von „Medienpreisen der Heimatvertriebenen“, der 1982 gleich zweimal an den Bayerischen Rundfunk vergeben wurde an den Chefredakteur Mühlfenzel für das durch und durch antisowjetische Machwerk „Flucht und Vertreibung“ versuchen die Revanchisten eben-

falls, die Sendepolitik in ihrem Sinne zu gestalten.

Die Revanchisten spielen also zunehmend auch in den Rundfunk- und Fernsehanstalten die Rolle von „pressure-groups“. Mit welchem Erfolg, zeigt das jüngste Beispiel der Beeinflussung der Medien anlässlich der Sendepolitik zum 40. Jahrestag der Befreiung vom Hitlerfaschismus. Der BdV veranstaltete zu diesem Zweck u.a. 1984 eine „Medienpolitische Tagung“ im Bonner ZDF-Studio (!), zu der Journalisten aus den verschiedenen Anstalten geladen waren. Auf den Druck der Revanchisten wurden dann z.B. die folgenden Sendungen ins Programm aufgenommen (nur ein kleiner Ausschnitt):

- „40 Jahre Vertreibung“ (ZDF)
- „Die Deutschen im 2. Weltkrieg“ (ARD)
- „Dokumentation der Vertreibungsverbrechen“ (WDR)

Wer sich diese Sendungen angesehen hat, weiß, was die Revanchisten damit unters Volk bringen konnten.

Wie die Beispiele zeigen, verstehen die Revanchistenverbände sehr gut, v.a. die „Pfleger der ostdeutschen Kulturarbeit“ umfassend für ihre Zwecke zu nutzen. Sie haben sich ein Instrumentarium geschaffen, das ihnen ermöglicht, den relativ engen Rahmen ihrer eigenen Organisationsstruktur zu durchbrechen. Über Tagungen, Vortragszyklen, Ausstellungen, Gedenkveranstaltungen und Wettbewerbe verschiedenster Art können sie die gewünschte Breitenwirkung erreichen.

Heimatrecht fürs Kapital

Den Berufsrevanchisten geht es tatsächlich um ein „Recht auf Heimat“, für das sie die „Vertriebenen“ in ihren Landsmannschaften ständig mobilisieren: es geht um das Heimatrecht der großen Unternehmen, die ihr „Ostvermögen“ wieder zurückhaben wollen.

Als z.B. Anfang der 50er Jahre in der Tschechoslowakei „Fundstätten spaltbaren Rohstoffs zur Gewinnung der Atomenergie“ entdeckt wurden, schrieb der Sudetendeutsche Rat:

„Diese Tatsache allein könnte bereits die Aufforderung an die deutsche Öffentlichkeit rechtfertigen, sich mit den Problemen dieses Landstrichs ... zu beschäftigen.“

Hier eine Auflistung von Ansprüchen einiger Großkonzerne der BRD: (aus Flach ... a.a.O.)

- Die Burbach-Kaliwerke AG Wolfenbüttel (jetzt Kassel) reklamieren an „Ostvermögen“ u.a. 12 volkseigene Werkanlagen mit 14 Schächten, einen Gerechtsame-Besitz (Vorrechtsbesitz; d. Verf.) von 38.000 Hektar und einen

Grundbesitz von 247 Hektar in der DDR.

- Die Mansfeld AG für Bergbau und Hüttenbetrieb (Hannover) registriert an verlorengegangenen „Ostvermögen“ u.a. umfangreiche Werk- und Grubenanlagen in Hettstedt, ca. 3600 Wohnungen in Eisleben und Umgebung, das „Rittergut“ Großörner bei Hettstedt und weitere 750 Hektar landwirtschaftlicher Nutzfläche bei Wanzleben.

- Die Siemens AG (Westberlin/München) macht eine Rechnung auf, nach der sich die „enteigneten Vermögenswerte in der Ostzone“ auf 670 Millionen RM belaufen: „im thüringischen und sächsischen Raum auf rd. 200 Mio RM, die Verluste östlich der Oder-Neiße-Linie rd. 200 Mio RM, die gesperrten Geldkonten im Mai 1945 auf rd. 270 Mio RM“.

- Die Schultheiss-Brauerei AG (Westberlin) reflektiert auf Brauereien in der Hauptstadt der DDR, in Dessau, in Opole, Wroclaw, Byton und Zabrze.

- Die Rheinmetall AG (Westberlin/Düsseldorf) registriert Werke in Sömmerda und Apolda, in Gubin und Wroclaw.

- Bei der Schering AG (Westberlin) stehen u.a. 7662 Hektar Grubenfelder in der VR Polen zu Buche.

- Die Vereinigten Glanzstoff-Fabriken AG (Wuppertal-Elberfeld) fordern von der VR Polen u.a. das „Rittergut“ Sydowsause, Kunstseidefabriken bei Wroclaw und bei Szczecin.

Das „Handbuch der deutschen Aktiengesellschaften“ veröffentlicht bis auf den heutigen Tag alljährlich ein spezielles Verzeichnis der „nach 1945 in Gebieten der Oststaaten verbliebenen und inzwischen erloschenen, enteigneten oder in Volkseigentum überführten Gesellschaften“, wie es dort heißt. Allein unter der Rubrik „Deutsche Aktiengesellschaften in Polen, der UdSSR und CSSR“ werden 1982/83 über 300 Firmen geführt, für die DDR und „Berlin-Ost“ etwa 900.

Schmudes Denkanstoß

Schmude hatte angeregt, über das Wiedervereinigungsgebot in der Präambel des Grundgesetzes nachzudenken.

Sein Vorstoß löste bei CDU/CSU einen Sturm der Entrüstung hervor.

Strauß: „Das wäre ein Schritt zum Untergang Deutschlands.“

Schmudes Anregung ist ein richtiger Ansatz und ein erfreulicher Kontrapunkt in der derzeitigen Debatte, die von revanchistischem Gedankengut nur so strotzt. Die SPD sollte hier nicht zurückstecken und sich einschüchtern lassen, sondern mutig die Forderung nach Streichung der Präam-

bel erheben. Eine weitere Forderung müßte dann allerdings die Streichung des Artikel 116 im Grundgesetz sein und damit der „deutschen Staatsbürgerschaft“. Mit einer „deutschen Staatsbürgerschaft“ wird nämlich der Anspruch auf die DDR erhoben. Deutschland gibt es nicht mehr, es gibt zwei deutsche Staaten. Und jede „deutsch-deutsche“ Politik, die friedliche Ziele verfolgt, hat die Anerkennung dieser Tatsache zur Voraussetzung. Nur auf dieser Grundlage sowie auf der Basis der Anerkennung der DDR könnte überhaupt über eine friedliche Wiedervereinigung nachgedacht werden.

Ein „Vertriebener“ - nicht nach dem Geschmack der Revanchisten

Edmund P., 68 Jahre, wird bis heute nicht als „Vertriebener“ anerkannt. In seinem Antrag hatte er nämlich betont, daß er 1944 gegen seinen Willen in die Wehrmacht gezwungen worden war.

In der Ablehnung seines Antrages heißt es:

P's Ablehnung des Hitlerregimes und der Wehrmacht „muß ... bei der zum damaligen Zeitpunkt bereits stattfindenden Verteidigung deutschen Bodens gegenüber russischen Invasionstruppen ... grundsätzlich anders gewertet werden“. Nämlich so: „daß - jedenfalls in der damaligen Verteidigungssituation des Deutschen Reiches - zu einer deutschen Volkszugehörigkeit auch die Bereitschaft gehörte, als Wehrpflichtiger für Deutschland zu kämpfen“.

(Schreiben des Regierungspräsidiums in Darmstadt).

Wer vom Ostlandtritt nichts wissen wollte, der war kein Volksdeutscher, gilt heute nicht als „Vertriebener“ kriegt keine ordentliche Rente und kann, wie Edmund P., von der Sozialhilfe leben.

Literatur

- Georg Herde: Revanchistische Politik. Einfluß, Kräfte, Gefahr. Marxistische Taschenbücher, Frankfurt am Main 1977.
- Flach/Kouschil: Kreuzritter in Trachten. Organisierter Revanchismus und seine Macher. Urania-Verlag, Leipzig 1985.
- Georg Herde: Bundeskanzler Kohl machte Revanchismus erneut zur Staatspolitik der BRD. Broschüre der VVN 1985. Zu bestellen bei: Präsidium der VVN/BdA, Rosserstr. 4, 6000 FM 1.
- Wolfgang Benz: Die Vertreibung der Deutschen aus dem Osten. Fischer Verlag, FM 1985.

Schlesien bleibt polnisch

Die Landsmannschaften haben bei den Medien ganze Arbeit geleistet. Keine Woche im Fernsehen ohne Vertreibungsgruel, keine Zeitung ohne Flüchtlingsschauergeschichte, kein Samstagvormittag im Radio ohne Vergewaltigung vor 40 Jahren! Es soll nicht angezweifelt werden, daß solche Dinge geschehen sind. Aber es soll aufmerksam gemacht werden, warum sie heute immer und immer wieder aufgekocht werden: um den Haß auf die „Ostvölker“ wieder aufleben zu lassen, um den Antikommunismus zu schüren, um den Revanchismus zu verbreiten.

Deshalb setzen wir der Hetze die historischen Fakten entgegen und beharren darauf:

Schlesien bleibt polnisch!

„Die Beschlüsse der Potsdamer Konferenz sind auf ein Ziel gerichtet: die Sicherstellung des Friedens! Die Reaktionen werden allerorts unzufrieden sein.“ („Post Meridien“, New York, 5.8.1945) Denn das Potsdamer Abkommen wurde auch in den USA als ein Schlag gegen die Kriegstreiber betrachtet.

Das galt insbesondere für die territorialen und bevölkerungspolitischen Bestimmungen des Potsdamer Abkommens, die die Westmächte sehr schnell bereuten und gern wieder rückgängig gemacht hätten, als sie auf ein wiedererstarktes Westdeutschland im Kampf gegen den Osten setzten.

Dabei wollten sie ursprünglich viel mehr: auf der Konferenz von Teheran 1943 brachten die USA den Vorschlag ein, Deutschland in 5 Teile aufzuspalten. Auf dem Moskauer Treffen der Alliierten schlug die britische Regierung einen Plan vor, Deutschland in drei Teile zu spalten. Es war Stalin, der sich dem widersetzte. „Es wäre aber lächerlich, die Hitlerclique mit dem deutschen Volk, mit dem deutschen Staat gleichzusetzen. Die Erfahrungen der Geschichte besagen, daß die Hitler kommen und gehen, aber das deutsche Volk, der deutsche Staat bleibt.“ (Stalin, Februar 1942)

Die wirtschaftliche und politische Einheit Deutschlands wurde im Potsdamer Abkommen durchgesetzt. Was Stalin verhindern wollte, war, daß von deutschem Boden noch einmal ein Krieg ausging. Die Zerschlagung des Nationalsozialismus und Militarismus in Deutschland waren deshalb die Hauptziele des Potsdamer Abkommens: die



Mit dem Einmarsch in Polen begann die Vertreibung: polnische Bauern im Warthegau wurden vom Hof gejagt

völlige Abrüstung und Entmilitarisierung Deutschlands, die Bestrafung der Kriegsverbrecher, die Umgestaltung des politischen Lebens auf demokratischer Grundlage, die Entflechtung und Entmachtung der Großkonzerne.

Um diese Bestimmungen zu unterlaufen, um Deutschland wiederaufzurüsten und in die NATO einzubeziehen, bereiteten die Westmächte auf der Londoner Konferenz ihrer Außenminister die Spaltung vor, indem sie die Einführung einer Separatwährung „empfohlen“ und ein Besatzungsstatut aufzwingen.

Lawrence Wilkinson, zuerst Leiter der Industrieabteilung der amerikanischen Militärregierung und später persönlicher Wirtschaftsberater von General Clay sagte 1949 offen: „Zum Teufel mit der Entmilitarisierung Deutschlands. Wir wollen die Trusts wieder aufrichten, die Industriebetriebe an ihre nazistischen Besitzer und Direktoren zurückgeben.“

Was aber nicht rückgängig zu machen war, sind die Abmachungen, die schon auf der Konferenz von Jalta getroffen wurden. Die Alliierten verfolgten dabei zum einen das Ziel, ein starkes Polen

herzustellen, und zum zweiten, die deutschen Minderheiten in Polen, der CSSR, Ungarn etc. als Unruheherd, die Hitler den Vorwand zum Losschlagen gegeben hatten, auszuschalten. Auch Truman betont dies in seiner Stellungnahme vom 9.8.1945: „Das Territorium, das Polen verwalten soll, wird Polen befähigen, seine Bevölkerung besser zu erhalten. Es wird Polen mit einer kürzeren und leichter zu verteidigenden Grenze mit Deutschland versehen. Von Polen besiedelt, wird es eine einheitliche Nation.“

Im Potsdamer Abkommen wurde festgelegt:

... „daß bis zur endgültigen Festlegung der Westgrenze Polens die früher deutschen Gebiete östlich der Linie, die von der Ostsee unmittelbar westlich von Swinemünde und von dort die Oder entlang bis zur Einmündung der westlichen Neißة und die westliche Neißة entlang bis zur tschechoslowakischen Grenze verläuft, einschließlich des Teiles Ostpreußens, der nicht unter die Verwaltung der Union der Sozialistischen Sowjetrepublik in Übereinstimmung mit den auf dieser Konferenz erzielten Vereinbarungen gestellt wird, und einschließlich des Gebietes der früheren Freien Stadt Danzig unter die Verwaltung des polnischen Staates kommen und in dieser Hinsicht nicht als Teil der sowjetischen Besatzungszone in Deutschland betrachtet werden sollen.“ ... „daß die Überführung der deutschen Bevölkerung oder Bestandteile derselben, die in Polen, Tschechoslowakei und Ungarn zurückgeblieben sind, nach Deutschland durchgeführt werden muß.“

Polen hatte unter dem Faschismus am meisten gelitten. Es hatte prozentual die meisten Toten und die meisten Zerstörungen zu beklagen. Die Nazis hatten die Bevölkerung im riesigen Ausmaß hin- und hergeschoben, vertrieben und umgesiedelt. Im Jahr 1940 war der Anteil der deutschen Bevölkerung in Polen etwa 10 %, d.h. 1 Million Menschen. Innerhalb von 10 Jahren sollten laut „Generalplan Ost“ von Himmler die Gebiete „Reichsgau Danzig-Westpreußen“ und „Reichsgau Polen“ nicht nur vom Namen her, sondern auch von der Bevölkerung her restlos „eingedeutscht“ werden. Die Polen sollten ins Generalgouvernement (südliches und mittleres Polen) oder zur Zwangsarbeit nach Deutschland deportiert werden. Bis zum Überfall auf die Sowjetunion 1941 wurden 350 000 „Reichsdeutsche“ und 350 000 „Volksdeutsche“ umgesiedelt und ebenso viele Polen und Juden verjagt.

Den Polen war ein Zusammenleben mit den Deutschen einfach nicht mehr zuzumuten. Und Polen erwartete terri-

toriale Vorkehrungen gegen den Expansionsdrang des deutschen Imperialismus. Die Forderung nach einer Neu- festlegung der deutschen Ostgrenze stellten 1945 die Polen aller politischen Schattierungen. Die Abtretung der Gebiete östlich der Oder und Neißة ist also nicht ein „Raub“ „Rot-Polens“, wie der „Schlesier“ uns heute weißmachen will, sondern die antikomunistische polnische Exilregierung in London trat damals genauso dafür ein wie heute die katholische Kirche. Im Osten verlor Polen die Gebiete östlich der sog. Curzon-Linie, die es 1920 von der Sowjetunion geraubt hatte und die auch nicht von Polen besiedelt waren. Es erhielt im Westen Teile Ostpreußens, Pommerns und Schlesiens. Kriegsstrategien, die Ostpreußen als Aufmarschgebiet gegen das Baltikum benutzten, oder Umfassungspläne gegenüber Polen, die dabei die Grenzlinie in Schlesien und Pommern ausnützten, sollten dadurch verhindert werden. Mit der Oder-Neißة-Grenze verkürzte sich die polnisch-deutsche Grenze um ca. 1200 km (von 1660 km auf 460 km)!, die Zustimmung der Westmächte gegenüber diesen Bestimmungen lag wohl darin begründet, daß

sie zwischen Deutschland und der Sowjetunion einen Gürtel mit bürgerlichen Regierungen zu errichten hofften. Als sich die politischen Verhältnisse aber dort anders entwickelten, entstand das Ziel der „Überwindung von Jalta“.

Die Umsiedlung von Millionen Deutschen aus den ehemals deutschen Gebieten sowie aus der CSSR, Ungarn und dem Baltikum war sicher für das deutsche Volk sehr bitter und sie ist oft auch nicht „ordnungsgemäß und human“ erfolgt, wie es das Potsdamer Abkommen vorsah. Aber man muß einfach einmal hart feststellen: Die Ausweisung der Deutschen östlich der Oder-Neißة-Linie war die Konsequenz einer verbrecherischen Politik, die diese Deutschen jahrelang mitgetragen hatten und die nun auf sie zurückfiel.

Die Völker Osteuropas hatten mit dem Minderheitenschutz, womit der Völkerbund die Minoritätenprobleme lösen wollte, nur schlechte Erfahrungen gemacht. Hitler hatte diese Bestimmungen nur für die Schürung des deutschen Nationalismus mißbraucht und damit in Mißkredit gebracht. Und die Auslandsdeutschen müssen sich vor-



„Dich ruft das Land“ - eine Wanderausstellung für die Schulen (1942)

verfen laßen, daß sie in großer Zahl aktiv als 5. Kolonne der Faschisten fungiert hatten. Um nur das bekannteste Ereignis zu nennen: Im April 1938 eroberte die faschistische Sudetendeutsche Partei unter Konrad Henlein in ihrem Karlsbader Programm offiziell die Forderung auf politische Autonomie der deutschen Minderheit. Als dann Benes die Konzessionsbereitschaft der tschechischen Regierung in einem neuen Nationalitätenstatut bewies, antwortete die Sudetendeutsche Partei am 12.9.1938 mit einem Putschversuch und verkündete die Losung „Heim ins Reich“. Nach dem Einmarsch der deutschen Truppen beteiligte sich ein beträchtlicher Teil der deutschen Minderheit aktiv am Besatzungsregime. Ähnlich in Polen und den anderen osteuropäischen Ländern. Der Haß, der sich während der faschistischen Blutherrschaft angesammelt hatte, entlud sich 1945 - sicher auch auf solche Deutsche, die nicht aktiv an der Versklavung der unterworfenen Völker beteiligt waren.

Von den 12 Millionen Deutschen, die 1944 östlich von Oder und Neiße lebten, war jedoch der größere Teil schon vor der offiziellen Umsiedlung geflohen. Auch hier ist es als Tatsache festzuhalten, daß Zehntausende dabei umkamen. Aber warum?

Die deutsche Armeeführung setzte die Zivilbevölkerung skrupellos für ihre Zwecke ein. Je nach Interessenslage trieb sie die Menschen vor der Front her oder hinderte sie an der Flucht. In Ostpreußen war es der Gauleiter Koch, der die zusammengestellten Trecks aufhielt und die Flucht strengstens verbot. Als die Rote Armee dann die deutsche Grenze erreichte, gerieten die Flüchtlinge zwischen die Fronten und wurden überrollt. Die deutsche Führung benutzte die Trecks, um die wenigen passierbaren Straßen vor der Roten Armee zu verstopfen.

Daß die Soldaten der Roten Armee keine freundschaftlichen Gefühle für die Angehörigen eines Volkes hatten, das ihnen diesen Krieg aufgezwungen und ihr Land verwüstet hatte, braucht nicht zu erstaunen. Der Krieg forderte mit Betreten deutschen Bodens auch nicht weniger Opfer als vorher, im Gegenteil. Es erstaunt mehr, daß die betroffenen Deutschen, die aus den Ostgebieten flohen, heute noch bloß ihr eigenes Leid sehen können (das sie Hitler verdanken), und nicht das unaussprechliche Leid, das sie dem russischen Volk antaten. Viele der sowjetischen Soldaten hatten Haus und Hof, hatten ihre Familie oder Angehörige verloren. „Nach sowjetischen Quellen gab es allein im 252. Gardeschützenregiment der 11. Gardearmee 158 Soldaten und Offiziere, deren Familienangehörige von den Faschisten gequält

oder ermordet worden waren, 56 Soldaten, deren Familien nach Deutschland verschleppt, 162 Soldaten, deren Familien obdachlos gemacht waren, und 293 Soldaten, deren Familien der häuslichen Habe und des Viehs beraubt worden waren." (Grube/Richter, Flucht und Vertreibung, Hamburg 1980)

Der Wunsch nach Rache, der teilweise die sowjetischen Soldaten antrieb, hatte hier seine Ursache. Aber im Gegensatz zur deutschen Heeresführung, die Plünderungen und Greuelthaten angeregt und teilweise sogar gefordert, auf jeden Fall begünstigt hat (und das nicht bloß bei der SS), läßt sich das von der sowjetischen Führung nicht behaupten. Sowjetische Soldaten sind bei Plünderungen und Vergewaltigungen hart bestraft worden (wenn natürlich auch nicht immer), zum Teil sogar mit dem Tod. Die militärische und die politische Führung der Roten Armee stellte sich Disziplinenverstößen sehr hart entgegen. Es kommt schließlich einer Verhöhnung aller Opfer des Nationalsozialismus gleich, wenn man den staatlich geplanten Massenmord und Vernichtungsfeldzug im Namen der deutschen Herrenmenschen gleichsetzt mit den Übergriffen von Soldaten einer Armee, die die Hauptlast im Kampf gegen den Faschismus getragen hat.

Die deutsche Bevölkerung hat im Osten ganz eindeutig einen bedeutenden Beitrag zur ökonomischen, politischen und kulturellen Geschichte unserer Nachbarvölker geleistet, in Jahrhunderten prägten sie deren Entwicklung mit. Auch wenn sie oft nur mit der Absicht der Unterwerfung fremder Völker nach Osten zogen (man denke nur an den deutschen Ritterorden), auch wenn die Beziehungen zwischen den deutschen Siedlern und den einheimischen Völkern immer voll blutiger Konflikte waren, so soll dieser Aspekt der Ostkolonisation nicht geleugnet werden. Aber 100 Jahre deutsche Kolonialgeschichte wurden von Hitler lediglich als Sprungbrett für seinen Eroberungskrieg angesehen. Das mußten die Ausgewiesenen bezahlen und zwar unwiderruflich.

Denn der sogenannte Friedensvertragsvorbehalt, auf den sich die Revanchisten von Hupka bis Strauß immer berufen, ist nur ein kümmerlicher Strohhalm. Denn es ist zwar richtig, daß im Potsdamer Abkommen die endgültige Festlegung der polnischen Westgrenze auf einen Friedensvertrag verschoben wurde, doch handelte es sich dabei um einen notariellen und landvermesserschen Ausfertigungsvorbehalt. Die Erwägung, die „früher deutschen Gebiete“ (wie es ausdrücklich im Potsdamer Abkommen heißt) zurückzugeben, bestand bei den Unterzeichnern nicht.

Die „unter polnischer Verwaltung stehenden“ Gebiete gehörten ausdrücklich nicht zu einer der 4 Besatzungszonen und unterstanden nicht dem Alliierten Kontrollrat. Wie hätten sonst die Alliierten die Umsiedlung von Millionen von Menschen beschlossen? Wie hätten sie die Niederlassung von Millionen von Polen dort zulassen können? Briten, Amerikaner und Franzosen haben den Polen schon vor langen Jahren amtlich zugesagt, bei einer eventuellen Friedenskonferenz ihre Territorialansprüche zu unterstützen.

So weit zu den Behauptungen, mit denen die Revanchisten hausieren gehen. Neben allen juristischen Fragen bleibt entscheidend, daß die Umsiedlung von Millionen Deutschen und Polen Realität geworden ist, die nicht mehr zu revidieren ist. Wer heute das Ergebnis des 2. Weltkriegs in Frage stellt, fordert Krieg.

Zur Zeit liefern die organisierten Schlesier den besten Beweis, wie falsch es gewesen wäre, sie in ihren alten Gebieten zu belassen. Sie fordern z.B. jetzt wieder Minderheitenschutz für die Deutschen in Polen - wie gehabt. Und wenn die Vertriebenenverbände sich auf ihr Heimat-Recht berufen, sollten sie lieber schweigen. Wenn Recht und Unrecht untersucht wird, steht zu Beginn das Unrecht des deutschen Überfalls auf Polen. Wer einen Krieg beginnt und dazu noch solche Greueltaten dabei verübt, muß dafür zahlen. Niemand bestreitet, daß die Zwangsaussiedler am meisten zahlen mußten. „Aber im Dunstkreis von Auschwitz als Deutsche weiterleben, so einfach wieder zur friedlichen Arbeit zurückkehren nach der Schlächtere, als sei nichts gewesen? Unvorstellbar ...“ (W. Plat, Deutsche und Polen. Köln 1980)

Spendenaufwurf

Für den Demokratischen Informationsdienst

Ich spende:

- ☐ mein Jahresgehalt
- ☐ mein Monatsgehalt
- ☐ meine Kirchensteuer
- ☐ mein Taschengeld
- ☐ meinen Festtagsbraten
- ☐ eine Sahnetorte
- ☐ ein Päckchen Zigaretten

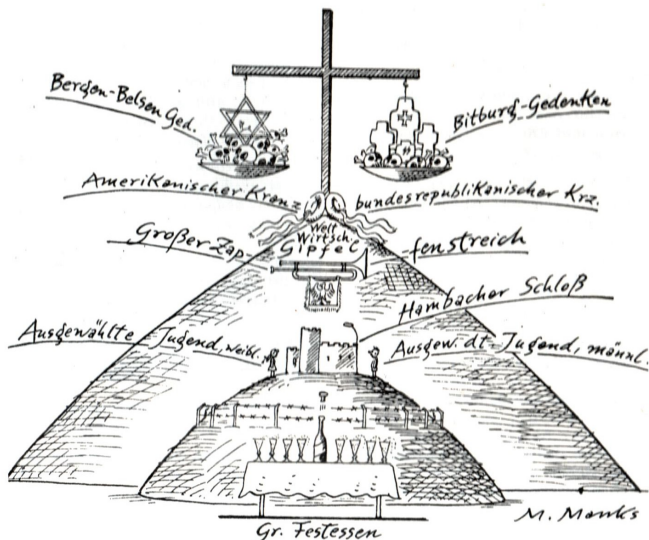


Strategische Versöhnungsinitiative oder Vorsicht, der Versöhner geht um.

Wenn irgend etwas Läppisches im Schwange ist, kann der Kohl nicht weit sein, so sehr ist er ins Kraut geschossen. Da wohl auch seine Berater ihn, der sich für den Enkel Adenauers hält (welcher Titel in diesem Fall für Adenauer- und bei einem halbwegs anständigen Politiker für diesen eher eine Beleidigung wäre), mehr für den Nefen Lübkes halten, setzen sie ihn dem aus, was in dieser Republik gewiß nicht tötet. Da die früheren Versöhnungen der nationalen Kapitale wohl Risse aufweisen, geht er hin und versöhnt sich, wo er kann. Nur in Israel reichte der ständige Hinweis auf die Gnade der späten Geburt; da ihm aber die Beschwörung dieses noch recht zufälligen Zeitpunktes einerseits nicht glaubhaft gelang, die Gastgeber andererseits über den mitgeführten frühgeborenen Ziesel mürrisch wurden und mehr Waffen forderten, kam ihm der Blut- und Boden-Gedanke, sich permanent über Gräbern zu versöhnen, eine eher mythische Sicht, die dann doch direkt aus dem Zeitpunkt von Geburt und Erziehung zu erklären ist. Von der Welt belächelt, feixt Kohl einfach zurück, wo es nichts zu lachen gibt, vom Strauß ganz abgesehen, der nur geheim feixt und sich mit Faschisten nach nicht erst versöhnen muß. Die absonderlichen Gelüste jenes Typus, der sich gerne mit Partnern über Gräbern vereinigt, kennt man, nur daß Kohl noch nicht ganz tot oder untot ist, wenn ihm auch bekanntlich „Hölderlin alles totschiß“.

Nach den gelungenen Versöhnungen über Gräbern tagt nach unseren Informationen im Kanzleramt eine „Arbeitsgruppe Versöhnung“ in Permanenz, darunter die Herren Teltchik, Schäuble, Mertes, Boenisch, geführt von Prof. Schreckenberger, auch „Schrecki-Kommission“ oder „AG Vampir“ genannt.

Als Grundgedanke muß eine geistig-moralische Sinnstiftung durch freie, allgemeine und öffentliche Versöhnung zu Lande, zu Wasser und Luft waffe angenommen werden, eine universale Versöhnung, ungebunden durch Raum und Zeit, ein geradezu kosmisches Versöhnen unter Führung von Kohl (Oggersheim). Wir zitieren Auszüge des Brainstormings im Kanzleramt, noch etwas ungeordnete Vorstellungen und Pläne, die aber heranreifen.



„Ein nach allen Seiten hin ausgewogenes Programm ist erstellt“ (H. Kohl)

1. Versöhnung mit allen Opfern unserer Väter und Vorfäter, für alle Taten, die in pangermanischem Namen begangen wurden.

Etwa: Versöhnungsszene im Teutoburger Wald, Kohl mit Varus, dargestellt von Staatspräsident Pertini. Oder: Versöhnung mit den jeweils zuständigen Präsidenten entlang den Routen von Kimbern und Teutonen oder der Ost- und Westgoten, Vanen usw. durch Polen, Rußland, Balan, Italien, Spanien, Nordafrika, umfassend den gesamten Mittelmeerraum.

Um zu beweisen, daß auch wir vergeben können, schlichte Feierstunde am Busento. Kohl lispelt dumpfe Lieder. Er hat den Tod Alarichs verschmerzt.

Wg. Kaiserzügen in deutschem Namen nach Italien: Versöhnung mit allen Städten (speziell Mailand wg. Friedrich Barbarossa und Rom wg. Sacco di Roma - evtl. in Verbindung wg. Geiserich). Überforderung Perti-

nis durch Alter? Jüngeren Ersatzmann besorgen (über Fiat-Agnelli/Confindustria).

Wg. Kreuzzügen Levante-Tournee. Wg. Ostkolonisation? Schwere Bedenken, nichts übertreiben, siehe peinlichen Kniefall Brandts. Dreißig-jähriger Krieg, Friedrich II.: bereits abgedeckt, s.o., ebenso 70/ 71, WK I, WK II. Nochmals Nordland, Ostland, Mittelmeerraum?

Nach Erledigung Europas Versöhnung auf den Spuren des Wilhelmischen Kolonialreiches sowie bei allen außereuropäischen Gegnern im WK II (trotz deren opportunistischen und lächerlichen Kriegserklärungen!). Problem Japan: kaum Versöhnungsbedarf, außer Tsingtau. Die lächeln sowieso, auch wenn sie Kohl sehen, ihr typisches unergründliches Lächeln. Vielleicht kleine Teazeremonie in einem Shinto-schrein?

Versöhnung mit dem König von Tonga letzthin glatt verschlafen. Genscher mahnen!

Stroessner meidet Versöhnung.
Aufsuchen.

Wg. Beteiligung von Menschen deutscher Abstammung an der Indianer-
ausrottung Versöhnungsfeier mit
Friedenspfeife am Little Big Horn
incl. Regentänze des Schamanen
Rolling Thunder. Kohl wird Ehren-
Gesundbeter. - Da ja bekanntlich
Menschen, die durch den Tod ge-
sühnt haben, und nicht Organisatio-
nen begraben liegen, dezentere Ver-
söhnung auf den Gräbern von Men-
gele, Himmler, Freisler (mit Witwen-
pensionserhöhung)???

Exkurs Prof. Schreckenberger über
die Differenz von allgemeinem Heer-
bann und Elitiekampfverbänden bei
Langobarden.

Welche Pressionen gegen Versöh-
nungsverweigerung? a) wirtschaftlich
b) militärisch? Nach Niederzwingen
des Versöhnungswiderstandes Ver-
längerung des Versöhnungersatz-
dienstes.

Einsatz der Goethe-Institute zur
Vorbereitung mit Schillers „Alle
Menschen werden Brüder, wo Kohl's
sanfter Flügel weilt.“

Einwurf Schreckenberger: Vielleicht
auch Versöhnung mit der Tierwelt,
den Pflanzen, der Arbeiterbewe-
gung?

2. Nach universeller Ausweitung der
Strategischen Versöhnungsinitiative
(SVI) oder Gräberversöhnungstour-
nee (GVT) Vorschläge zur Gestal-
tung.

Sparvorschlag Stoltenbergs: Versöh-
nung nur im Verhältnis des Ausmas-
ses der Greuel (minus empfangene
Greuel - ohne aufrechnen zu wollen)
dividiert durch das Quadrat der ver-
gangenen Zeit (Gnade der späteren
Geburt) und gewichtet nach der Ex-
portbedeutung der zu versöhnenden
Völkerschaften.

Für Mittelwert Versöhnungs-Stan-
dardausführung mit mittlerem
Händchenhalten. Für Extremfälle
Volks- bzw. Luxusausführung der
SVI. Volksausgaben vorläufig not-
falls mit Ersatzversöhnern vom Mi-
nisterialdirigenten aufwärts. Bei
Luxusversöhnung evtl. Rollbahnkü-
ssen?

Nach der Grundversöhnung regel-
mäßige Arbeitsversöhnungen in ver-

söhnlichem Turnus.

Bildung eines „Versöhnungssekreta-
riats über Gräber hinweg“ (VüGh).

Boenisch: Versuche von überfallarti-
gen Versöhnungen im Ausland mit
Privatpersonen auf Straßen, in
Opernhäusern, Cafés. Gefahr ineffi-
zienter Verzettlung (Stoltenberg).
Boenisch weist für solche Fälle auf
die gebündelte Kraft der freien Pres-
se in der Freien Welt hin. Eigene ge-
tate Erfahrungen mit „Menschlichkeit“
bei BILD.

Intensität und Dauer des Händchen-
haltens von der Protokollabteilung
des AA ausarbeiten lassen. (Psycho-
logen Salewski zuziehen) mit Hin-
blick auf die örtlichen Gewohnhei-
ten, zur Vermeidung von Zweideu-
tigkeiten.

Strikte Vermeidung von Versöh-
nungsorgien im Reiche des Bösen.

3. Versöhnlicher Ausklang der 1. Sit-
zung: Beschäftigung für Kohl nach
dem Sturz gewährleistet. Planung
der Feier des Bündnisses Strauß -
Späth über das politische Grab
Kohl's hinweg.

40 Jahre danach, 40 Jahre nach ihrer fast vernichtenden Niederlage stehen die deutschen Kriegstreiber wieder Gewehr bei Fuß. Gerade den 40. Jahrestag ihrer Kapitulation nahmen sie zum Anlaß, die Propaganda für den dritten Weltkrieg zu ent-
fachen. Nachdem der zweite Weltkrieg noch zu viel von Deutschland übriggelassen hat und die im Nürnberger Kriegsver-
brecherprozeß angeklagten Konzerne wieder HOECHST in Form sind, die Republik aber zu enge Grenzen hat, um höchste
Profite wieder höchst profitabel anzulegen - wird die endgültige Vernichtung Deutschlands vorbereitet.

Ein Rückblick auf den 8. Mai 1985, Jahrestag der Befreiung vom Hitlerfaschismus, Tag der Kriegserklärung:

Über das Göttliche der westlichen Welt

Die einstigen Gegner (?)

- Verbündete (?) von Heute

Geladen war ein Gast, dem man nach-
sagt, die Niederlage des amerikani-
schen Imperialismus - das Vietnam-
Trauma - überwunden zu haben. Ronald
Reagan hat „den Amerikanern ihren
Nationalstolz zurückgegeben“. Seitdem
wird in Amerika wieder mehr ge-
hungert, doch dafür ist die Welther-
schaft wieder schärfer ins Auge gefaßt.

Für das moralische Wiedererstarken
des „Weltpolizisten“ Amerika haben
die Kriegstreiber dort knapp 10 Jahre
benötigt, doch war die „amerikanische
Katastrophe“ auch nicht ganz so total,
wie die „deutsche Katastrophe“ des fa-
schistischen Deutschland. 40 Jahre da-
nach ist ein Deckmantel moralischer
Integrität immer noch nicht ganz fer-
tiggestickt - die Verbrechen wiegen zu
schwer, auch vor dem eigenen Volk.

Jedoch erste Erfolge im Kampf gegen
eine „Kollektivschuldthese“ zeichnen
sich bereits ab (was kann denn Fried-
rich Karl Flick dafür, daß Friedrich
Flick sein Vater war - und schließlich
war FKF damals noch ein Kind!).

Wir können schon heute erklären, was
der sich selbst gern „Historiker“ nen-
nende Strauß für unerklärbar hält: „Es
bleibt wohl für immer unbegreiflich,
wie es möglich war, daß Angehörige
des Volkes, dem Bach und Mozart,
Goethe und Schiller, Leibniz und Kant
entstammten, diese grauenhaften Ver-
brechen begingen.“ (1)

Zur Unterstützung für den „moralis-
chen Wiederaufbau Deutschlands“ ist
der erfolgreiche Ronald Reagan über
den Teich gekommen, um sich mit
dem Gegner von einst zu versöhnen -
über den Gräbern von Bitburg.

Mit dem Ausspruch „Frieden in Frei-
heit“ hat sich Reagan in die gewohnte
Tonlage der deutschen CSU-Propagan-
da eingeschaltet. Dazu hat es wohl kei-
ner Absprache bedurft, weil „Frei-
heit“, Kampf dem „Totalitarismus“
auch seine Parolen sind im Kampf um
einen vom „Bösen“ gereinigten ameri-
kanischen Vorhof von Nicaragua und
Grenada bis Afghanistan. Das Wort
„Frieden“ als heuchlerisches, knappes
Feigenblatt vor den Massen und „Frei-
heit“ als das Versöhnende zwischen
den ehemaligen Kriegsgegnern, weil
das die gemeinsame Frontlinie im
neuen Krieg festlegen soll: die Freien
gegen die Unfreien.

Bereits vor gut 40 Jahren wurde in
den USA darum gestritten, wer nun
der hauptsächlichste Gegner sei: das fa-
schistische Deutschland, oder die so-
zialistische Sowjetunion. Die Angst vor



Versöhnungspektakel zweier ehemaliger Kriegsgegner: General Mathew Ridgeway und der faschistische General Johannes Steinhoff reichen sich die Hand zum Schlußschluß gegen den Osten.

einem Hitler-Europa muß wohl größer gewesen sein als die Angst vor dem Kommunismus. Amerika schlug sich auf die Seite der Anti-Hitler-Koalition und der Krieg endete nicht nur mit der Niederlage Hitlers, sondern gleichzeitig mit dem „Sieg Stalins“ (2). Eine Konsequenz, die manche Herren beiderseits des Teichs heute gern revidieren möchten.

Mit dem Versprechen, diesmal „das richtige Schwein“ zu schlachten, ist Reagan in Bitburg und Hambach vorstellig geworden. Das ist seine Aussöhnung mit den deutschen Soldaten, sein Freibrief an die deutschen Kriegstreiber.

Es gab keine Stunde Null Der Count Down läuft noch immer

40 Jahre danach sprechen Strauß und Konsorten von einer „Stunde Null“, als sei das Kapitel Faschismus für die Deutschen mit dem 8. Mai 1945 abgeschlossen worden, als hätte die Bundesrepublik mit dem Deutschen Reich gar nichts gemein.

Es hätte tatsächlich eine Stunde Null werden können, nämlich das Aus für die Kriegsverbrecher Krupp, Flick, IG-Farben etc., die ohne eigenen Staatsapparat am Boden lagen und sogar für einige wenige Jahre in Gefängnis mußten. Doch auch die deutsche Arbeiter-

klasse war geschwächt und vor allem zu schwach, um den Inhalt des Potsdamer-Abkommens gegen den neuen und mächtigen Verbündeten des deutschen Imperialismus durchzusetzen. Denn die USA hatten ihre Strategie gewechselt: Deutschland sollte das „Bollwerk der Freiheit“ gegen den Kommunismus werden.

So wurde die BRD nicht nur der „rechtmäßige Nachfolger des Deutschen Reichs“, sondern auch der Nachfolger des Dritten Reichs. Sie übernahm nicht nur die alten Kapitalisten sondern auch einen großen Teil der Gesetze, der Beamten, der Richter und der Soldaten, samt Gebietsansprüche. Bei dieser Tradition fällt es schwer, sich am 8. Mai vom Faschismus zu distanzieren. Die Mystifizierung der Geschichte ist angesagt: Hitler und seine Banden werden zu Verbrechern, zu den brutalsten, die es in der Geschichte je gegeben hat, Bestien, schlimmer noch als Dracula und Frankenstein - doch eben nur Verbrecher, völlig unabhängig von SIEMENS und DEUTSCHE BANK - „ein Ausrutscher der Geschichte“ (3).

Reingewaschen wird damit nicht nur das deutsche Kapital, die Kriegsverbrecher, sondern auch die Helden von Bitburg, deren Heldentat es war, den Befehlshabern blind zu gehorchen. Denn kopfloser Gehorsam ist eine alte „Sol-

datentugend“, die man nicht mit den Hitlerverbrechen beschmutzen darf, weil sie für die Zukunft noch gebraucht werden soll (Kopf ab zum Gefecht!).

In einem Aufwasch und nicht zuletzt bekommt auch der deutsche Militarismus wieder einen weißen Sockel. Aus den Widersprüchen des Militärs gegen die Kriegsführung Hitlers zum Ende des Krieges, werden Widerstandskämpfer gezaubert (z.B. Rommel). Dabei hatten sie nur - und das sehr zaghaft - das versucht, was den Italienern gelungen ist und ihnen deshalb von den „alten deutschen Kämpfern“ vorgeworfen wird: die Front gewechselt, als die Niederlage abzusehen war.

Der deutsche Offizier schlechthin wird wieder tapfer, mutig und vor allem ehrenhaft, als sei das „Kriegshandwerk“ eine sportliche Disziplin auf dem „Feld der Ehre“, völlig gleichgültig, welchem Befehlshaber man „Treu und Gehorsam“ geschworen hat.

Demgemäß konnte der ehrenwerte Herr Zimmermann (von unverschämten Zeitgenossen Meineidbauer genannt) dem noch ehrenwerteren Herrn Theodor Oberländer (Ex-Nazi-Offizier) am 2. Mai 1985 zum 80. Geburtstag ein Briefchen schreiben, in dem Zimmermann die „großen Leistungen“ Oberländers beim Aufbau der BRD würdigt. Oberländer (seine „Heldentaten“ würden Bände füllen) war 1933 in die NSDAP eingetreten; nach dem mißglückten Krieg versuchte er sich in der Politik und stellte 1948 ein Programm zur Wiedergewinnung der verlorenen Gebiete auf: „Soll der Bolschewismus überwunden werden, so benötigen die zu seiner Bekämpfung verbundenen Kräfte 1. ein Programm der politischen Kriegsführung bis zum Ausbruch des Waffenkriegs; 2. ein Programm zur Unterstützung des Waffenkriegs; 3. ein Friedensprogramm, dem die ersten beiden Punkte unterzuordnen sind ...“ (4).

Mit dieser Leistung mußte der Mann ins entsprechende Amt und wurde 1953 unter Adenauer Vertriebenenminister. 1960 mußte er zurücktreten, als ihm Judenmordorden an der Ostfront vorgeworfen wurden. Zimmermann bedauert diese „Rufmordkampagne“ und kann Oberländer nachfühlen, daß dessen „Ehre als Offizier des letzten Krieges“ wohl „schmerzlich getroffen“ wurde (5).

Es hat keine Stunde Null gegeben, damals vor 40 Jahren. Sowohl die Kriegsverbrecher als auch die kleinen Helfer konnten sich bald restaurieren, sie hatten es noch einmal geschafft, davonzukommen. Die Grundlagen zur Rettung des alten Systems wurden bereits vor

Kriegsende gelegt. Dazu drei Beispiele:

- Der Personalchef des Reichssicherheitsamtes und SS-Standartenführer Dr. Alfred Franke-Gricksch war vermutlich 1944 der zuständige Mann im Reichssicherheitshauptamt für das Zusammenstellen der Methoden der Untergrundarbeit nach der militärischen Niederlage. 1945 war er zusammen mit Hasso von Manteuffel (früherer Kommandeur der SS-Elite-Division „Großdeutschland“) und vielen weiteren Nazi-Offizieren Gründer der „Bruderschaft“, einer logenartigen Geheimorganisation, die auf den Fluchhilfsorganisationen „Spinné“ und „Odessa“ aufbauend den politisch-organisatorischen Wiederaufbau des Faschismus in der BRD begann. Für die unsichere Phase nach dem Ende des Krieges stellte die Bruderschaft die Mannschaften für zwei komplette Kampfdivisionen auf: eine „Infanteriedivision“ und eine „Panzerdivision“. Sie bestanden aus ausschließlich kampferfahrenen Soldaten, im Kern aus Angehörigen der ehemaligen Division „Großdeutschland“.

Manteuffel und Speidel stellten später die Kadernschaft für die Bundeswehr zusammen. Das war so einfach nicht, hatten sich die Nazi-Offiziere doch über die ganze Welt zerstreut, und waren nur sehr zögernd bereit, an den Ort ihrer Verbrechen zurückzukehren (6).

- Mit der Unterstützung der Reichsgruppe Industrie war im Herbst 1943 in Nürnberg ein „Institut für Indu-

strieforschung“ gegründet worden. Es beschäftigte sich mit einer möglichen wirtschaftlichen Situation nach dem Krieg und arbeitete Experten aus. Leiter dieses Instituts war Ludwig Erhard, der Mann des deutschen Wirtschaftswunders. Die Ausarbeitungen Ludwig Erhards wurden von Otto Ohlendorf gegengelesen. Ohlendorf war im Reichssicherheitsamt Leiter des SD-Inland und außerdem Staatssekretär im Reichswirtschaftsministerium. Dort hatte er den Auftrag, sich um die Konzipierung und Koordinierung der Nachkriegsplanung zu kümmern (7).

- Auf Anregung Ohlendorfs entstand ein weiterer Arbeitskreis, der sich um die längerfristigen Perspektiven zu kümmern hatte. Der „Europakreis“ bestand u. a. aus Karl Blessing (später Präsident der Deutschen Bank), Ludger Westrick (später Staatssekretär von Ludwig Erhard) und Herrmann Joseph Abs. Dieser Kreis machte sich, wie das Protokoll seiner 5. Sitzung vom Juni 1944 vermerkt, Gedanken über „... eine Neuordnung der Wirtschaft Kontinental-europas unter deutscher Führung“ nach dem verlorenen Krieg (7). Damals entstanden die Begriffe „Europäische Wirtschaftsgemeinschaft“ und „Europäische Verteidigungsgemeinschaft“.

Nach 1945 standen sich zwei Konzepte gegenüber: Die militärische Angliederung an die USA oder eine europäische Armee mit einem „harten deutschen Kern“ (Bruderschaft)

(6). An dieser Frage spaltete sich die „Bruderschaft“, und wie man weiß, wurden beide Konzepte weiterverfolgt. Die BRD ist Mitglied in der NATO und in der WEU, der Westeuropäischen Union, die gerade in jüngster Zeit wieder stärker als Kristallisationspunkt europäischer Verteidigungskonzepte genannt wird. Von vorneherein war klar, daß ein Ziel dieses künftigen Europa die Wiedergewinnung der Gebiete im Osten sein sollte: „Sie (die Bruderschaft) glaubt, daß der Wunsch nach einer europäischen Nation auch in den zur Zeit vom Bolschewismus geknechteten Ostvölkern vorhanden ist und mit allen Mitteln weiterhin geweckt und gestärkt werden muß (6).

Zentraler Vertreter dieses Europakonzepts ist heute Franz Strauß. (Aktuell zum Revanchismus: „Für ein freies Schlesien in einem freien Europa“, oder auch weiter zurück: siehe sein Buch „Entwurf für Europa“)

Die Stunde Null steht noch bevor

40 Jahre danach hat die zentrale Figur der deutschen Reaktion, mit eigener Partei, mit Verbindungen und Einfluß weit darüber hinaus - kaum bemerkt von der demokratischen Öffentlichkeit - zum Sturm geblasen. Während Leute wie Hupka, Finke und Dregger an die Front geschickt wurden, hielt Strauß am 28. April 1985 im Herkulesaal der Münchner Residenz eine programmatische Rede an seine Anhängerschaft. Zur weiteren Verbreitung produzierte



Demonstranten in Bitburg, die auf den Skandal der Präsidentschau hinwiesen. Der Protest gegen die Ehrung der SS und der Hinweis auf die jüdischen Opfer war jedoch noch zu kurz gegriffen. Es waren nicht bloß die Juden, die der faschistischen Terrorherrschaft zum Opfer fielen - sie waren schutzlos, weil die SS alle Antifaschisten verfolgte, folterte und ermordete. Und es war nicht bloß die SS, die die Mörder und Henker stellte - solange die Front hielt, standen die KZs. Dies auf einem Soldatenfriedhof einmal auszusprechen wäre die Aufgabe gewesen. Die eigentlichen Helden waren nicht die Gefallenen, sondern die Überläufer.

die Redaktion des Bayernkurier einen kostenlosen Sonderdruck mit dem Originaltext der Rede. Die Einlassungen von FJS kommen einer Kriegserklärung gleich. Nachdem er Hitler als „Verbrecher“ abqualifiziert hat, stellt er die wesentlichen Ergebnisse des „Zusammenbruchs“ fest;

- „Zu Ende ging damals die führende Rolle Europas in der Welt“, womit der ehemalige Offizier für wehrgeistige Führung wohl eher die führende Rolle des deutschen Imperialismus meint, die mit dem verlorenen Krieg zu Ende ging und dementsprechend trauert „über den Verlust blühender Provinzen im Osten, um Ostpreußen, Pommern und Schlesien“.

Doch Strauß wäre nicht der Führer der Bewegung, ließ er es dabei bewenden. Er kündigt an, daß das „endgültige Urteil der Geschichte“ über Europa noch nicht gesprochen sei, daß dieses Europa eines Tages politisch geeint sein wird und dann „im Orchester der Weltmächte nicht mehr in der zweiten Linie bleibt“.

- Strauß erklärt den Krieg der Westalliierten nachträglich für gescheitert. Aus dem damals gemeinsamen Kriegsziel der Alliierten, nämlich der Niederschlagung des nach Weltmacht strebenden Faschismus, macht FJS für die Westmächte einen Befreiungskrieg, aus den ehemaligen Gegnern Quasi-Verbündete gegen den Kommunismus.

Nach Straußens Definition haben die Westmächte „um der Freiheit Polens willen“ Hitler den Krieg erklärt und konnten die Befreiung Polens dann doch nicht erreichen. „Freiheit und Selbstbestimmungsrecht der Europäer“ dürfen jedoch nicht „selektiv“, d. h. nicht nur für einen Teil der Europäer verwirklicht werden, denn sonst würde der Krieg des Westens für angeblich höhere Ideale herabgewürdigt „zu einem imperialistischen Machtkampf“. So wird für Strauß nicht der Krieg, sondern das Ende des Kriegs zum eigentlichen Übel der Geschichte, zum Verrat an den „moralischen Werten“ der „Völkergemeinschaft des freien Westens“.

- „Freiheit“ lautet die Parole, unter der der neue Feldzug gegen den Osten organisiert wird, „Freiheit und Selbstbestimmungsrecht“ für alle Völker der Welt nennt FJS die „Mission Europas“ und wer wäre als „harter Kern“ für diese Mission besser geeignet als die erfahrenen (wenn auch nicht sehr erfolgreichen) Deutschen. Strauß geht sogar so weit, daß er diese Mission als Vermächtnis der deutschen Geschichte an jeden wirklichen „Antifaschisten“ darstellt. „Um der Freiheit Polens willen hat-

ten die Westmächte 1939 Hitler den Krieg erklärt“ und - so könnte man fortfahren - als Dank für die Teilbefreiung Europas müssen die Befreiten den Krieg zur Befreiung Polens fortsetzen.

Lediglich ein Wort stört in Straußens Text, es heißt „Frieden“. Es kommt häufig vor und ist schließlich auch in der zentralen Parole „Frieden in Freiheit“ enthalten. Doch hat Strauß auch hier die rechten Worte gefunden, um nicht mißverstanden zu werden: „Ohne Freiheit kann der Frieden nicht bestehen“ und „der Kampf um die Freiheit aller Europäer ist auch ein Kampf für den Frieden“ (1).

Da etwas draufzusetzen hatten nur noch die Schlesier, die seit Finke zu den mutigsten Strauß-Interpreten zählen und zitierten einfach Schiller: „Es kann der Frömmste nicht in Frieden leben, wenn es dem bösen Nachbarn nicht gefällt.“

Wenn die Herrschenden von Frieden reden ...

40 Jahre danach, am 40. Jahrestag der Befreiung vom Hitler-Faschismus ist der vom deutschen Kapital, von den früheren Kriegsverbrechern am besten ausgestaffierte Mann aufgestanden, um die Parolen bekanntzugeben für den dritten der großen deutschen Kriege. Kaum wahrgenommen von der Öffentlichkeit hat Strauß die Stunde Null angekündigt. Nachdem der deutsche Imperialismus einmalig unter den Ländern der Welt bereits zwei Weltkriege vom Zaun gebrochen und verloren hat, rüstet er für den dritten. Das wird die Stunde Null sein, entweder für den deutschen Imperialismus oder für das deutsche Volk und alle die sonst noch mit ins Grab gerissen werden.

Viele Menschen schauen nur auf den Rüstungsgiganten USA und sehen nicht, wie in unserem eigenen Land der Krieg vorbereitet wird. Viele erachten den 8. Mai 1985 als einen Erfolg der Friedensbewegung, weil Kohl mit Reagan ein Konzentrationslager besuchen „mußte“ und weil Hupka und Dregger breit durch den Kakao gezogen wurden. Tatsächlich aber hat die Reaktion ihre Angst vor dem Jahrestag ihrer Niederlage überwunden, die tatsächlichen Gegebenheiten in den Köpfen der Menschen verdrängt. Seit Dezember 1984 fieberte sie auf diesen Termin hin und nutzte ihn für die Ausrichtung ihrer eigenen Reihen. Strauß spielt hierbei die zentrale Rolle. Dementsprechend traf sich Reagan während seiner Besuchsreise auch nicht mit Dregger oder irgendeinem Ministerpräsidenten sondern mit dem Vorsitzenden der CSU (8).

Über den Kern der Freiheit und über das Göttliche der westlichen Welt.

Ronald Reagan in Bitburg und Hambach.

„Vor 40 Jahren führten wir einen großen Krieg, um die Welt aus der Dunkelheit des Bösen zu befreien, um dafür zu sorgen, daß Männer und Frauen in diesem Land und in allen Ländern im Lichte der Freiheit leben können.“

Aber der Kampf für die Freiheit ist noch nicht zu Ende, denn heute befindet sich immer noch ein großer Teil der Welt in der Finsternis des Totalitarismus.“ (Bitburg) (9)

„So wollen wir uns selbst fragen, was ist der Kern der Freiheit? Und in der Antwort liegt die größte Hoffnung für die Zukunft der Menschheit und der Grund, warum es keine Mauern um jene geben kann, die entschlossen sind, frei zu sein. Jeder von uns, jeder von Ihnen, ist nach dem beständigsten, mächtigsten Bild der westlichen Zivilisation geschaffen. Wir sind nach dem Bilde Gottes geschaffen, des Schöpfers.“

Darin liegt unsere Stärke. Darin liegt unsere Freiheit. Darin liegt unsere Zukunft. Und durch diese Kraft, nicht durch Drogen, nicht durch Materialismus, noch durch irgendwelche anderen Ismen können wir zur Brüderlichkeit finden; und Sie können das neue Europa schaffen - ein demokratisches Europa, ein Europa, das Ost und West vereint, ein Europa, das endlich ganz frei ist.“ (Hambach) (10)

Quellenverzeichnis:

- (1) Strauß im Herkulesaal der Münchner Residenz am 28. 4. 85. Zitiert nach Bayernkurier 4.5.85
- (2) Alfred Dregger „Der Preis der Freiheit“
- (3) Strauß „Reden über das eigene Land“ in den Münchner Kammerspielen. Zitiert nach Bayernkurier 1.12.84
- (4) Georg Herde „Revanchismus“ 1977, Verlag Marxistische Blätter Frankfurt
- (5) Frankfurter Rundschau 2.5.85
- (6) Reinhard Opitz „Faschismus und Neofaschismus“ 1984, Verlag Marxistische Blätter Frankfurt
- (7) Uwe Bitzel „Es gab keine Stunde Null“ Frontal Mai/Juni 85
- (8) Süddeutsche Zeitung 7.5.85
- (9) Rede von Ronald Reagan in Bitburg. Zitiert nach TAZ 6.5.85
- (10) Rede von Ronald Reagan in Hambach. Zitiert nach SZ 7.5. 85

Strauß in Aktion



Die Stimme des Herrn

Kohl kriegt es knüppeldick von Strauß. Nummernweise reibt der Bayernkurier dem Kanzler seine Versäumnisse unter die Nase. Strauß selbst wirft ihm Vetterwirtschaft: „Nicht persönliche oder parteiliche Vorlieben, oder Abneigungen dürfen das politische Handeln bestimmen...“ und Trägheit vor: Man wollte „berechtigte und rechtzeitige Warnungen und Mahnungen der eigenen Bequemlichkeit halber ebenso häufig wie unzutreffend als Querschüsse abtun.“ (Bayernkurier, 21/85)

Man drohte sogar mit dem Rückzug der CSU-Minister, aber nicht allzu ernsthaft, werden doch die Kontrolleure und Macher in Bonn gebraucht, kann man sich doch ein Plätzen der Koalition derzeit nicht leisten. Ja sogar Zimmermann, der bisher loyal zu seinem Kabinettschef stand, konnte nicht umhin, ihm mangelnde Führungsqualitäten zu bescheinigen.

Soweit das für die Regierungskoalition niederschmetternde Wahlergebnis in NRW zum Anpinkeln des Kanzlers gut ist, wird das weidlich ausgenutzt. Bestätigen sich doch die Worte der Wienerwald-Rede: „Er ist total unfähig, ihm fehlen die charakterlichen, die geistigen und die politischen Voraussetzungen. Ihm fehlt alles dafür. Aber man kann unter Umständen mit jedem regieren.“ (Strauß 1976) Nun regiert es sich mit Kohl aber doch nicht so einfach, denn der ist außer dumm auch noch bockbeinig. Besteht doch tatsächlich die Gefahr, daß er es fertigbringt, die nächste Wahl zu verlieren, womit auch Strauß seinen Einfluß auf die Regierungspolitik verliert.

Also wird Kohl nach München zitiert, wo dann angeblich lautstark darüber beraten wird, wie der Karren aus dem Dreck zu ziehen ist. Bei der anschließenden Pressekonferenz - die der Chef selbst abhält, und nicht etwa der Kanzler - baut Strauß die verstörte Republik wieder auf, es gäbe noch „Hoffnung auf Besserung der Regierung“. Er spricht von dem „großen Durchbruch“ und Tandler ist sogar richtig stolz. Nur ist für den aufmerksamen Zeitungsleser nicht so recht einsichtig, was nun „durchbrochen“ wurde und was der Grund des Stolzes ist. Die Einigung zum Demonstrationsstrafrecht trage „ganz deutlich die Handschrift der CSU“. Das ist doch schon mal was, nachdem die CSU schon seit Jahren moniert, daß das mit den verumteten Demonstranten so nicht weitergeht und Stoiber darin sogar die Ursache des Wahldebakels in NRW sieht! Zimmermann hat also den Auftrag gekriegt, mal ein entsprechendes Papier auszuarbeiten. Die von Strauß zur Behebung der Arbeitslosigkeit geforderte Milliarde für die Bauindustrie wurde bewilligt. Ein probates Mittel, mit dem schon unmittelbar nach der Wende demonstriert wurde, wie die CSU/CDU/FDP-Regierung die Arbeitslosigkeit in den Griff bekommt. Kurzfristig verschwinden ein paar Arbeitslose aus der Statistik. Die Milliarde ist nur ein Zuckerl von Strauß für die mittelständischen Bauindustriellen, denen es im Gegensatz zu den großen Konzernen tatsächlich nicht sehr gut geht. (Strauß verteilt solche Zuckerl gern, wenn es darum geht, die Wähler bei der Stange zu halten. Wir erinnern uns an die Millionen für die Bauern vor

einem Jahr.) War das der „große Durchbruch“? Bei der Steuerreform konnte Strauß sich (noch?) nicht durchsetzen, die Änderung des Ausländerrechts wird erst beraten.

Wozu war also der Münchner Theaterdonner notwendig? Wollte Strauß den Kanzler stürzen, was ihm dann aber nicht gelungen ist, weil von der CDU niemand mitgemacht hat beim Königsmord? So sieht das zumindest ein Kommentator der Süddeutschen. Möglicherweise wäre Strauß ein intelligenter Kanzler lieber, aber darum geht es ihm nicht. Es geht ihm darum zu demonstrieren, daß bundesdeutsche Politik verantwortlich und mit starker Hand gemacht wird und daß das seine Hand ist. Strauß war im Ansehen ganz unten. Und so ander ein Kommentator in ihm auch nur noch den alternen Querulanten: „Mit all ihrem Zürnen unterstreicht die CSU die fühlbare Führungsschwäche des Kanzlers, anstatt sie zu beheben. Eine solche destruktive Kritik wäre nur zu vertreten, wenn man eine konstruktive Alternative zu Kohl in petto hätte“. (SZ, 21.5.85)

Strauß hat eine Alternative. Die ist allerdings alles andere als „konstruktiv“. Es ist das Programm der Abschaffung der Demokratie. („Und



Alle stehen hinter ihm ...



„Nach unserer Verfassung bestimmt der Bundeskanzler die Richtlinien der Politik. Und das möchte ich in der nächsten Zeit mal erleben.“

Franz Josef Strauß, 69, bayrischer Ministerpräsident

wenn wir hinkommen und räumen so auf, daß bis zum Rest dieses Jahrhunderts von diesen Banditen keiner es mehr wagt, in Deutschland das Maul aufzumachen.") Im Moment können die Profite der Großen noch ganz einträglich mit der Wendepolitik auf dem Buckel der Werktätigen gesteuert werden. Nur laufen dem Kanzler die Wähler davon. Das Programm Strauß ist vorgesehen für die Zeit, wenn mit demokratischen Spielregeln nichts mehr geht. Es ist das Programm der Massenverhaftungen von Nürnberg, wo im März 1981 141 Jugendliche unter 1000-fachem Rechtsbruch in bayerischen Gefängnissen verschwanden, es ist das Programm der Zerschlagung der Einheitsgewerkschaft, für die Stoiber schon 1979 einen Fünf-Punkte-Plan vorlegte. „Es muß noch wesentlich tiefer sinken, bis wir Aussicht haben politisch mit unseren Vorstellungen, Warnungen, Vorschlägen gehört zu werden“ (Strauß in der berühmten Sonthofener Rede 1974).

Das soll aber nicht heißen, daß Strauß nicht das „Wahldesaster“ von NRW nützt, um demokratisches Recht auch heute schon abzubauen, die CDU/CSU weiter nach rechts auszurichten, den Handlungsspielraum seines Oberschaffmachers Zimmermann weiter auszubauen. Deshalb die Verschärfung des Demonstrationsrechts, deshalb der Streit um das Ausländerrecht (siehe auch „Sprangers Wünsche“). Außerdem gehört für die CSU zur „ungeschminkten Bestandsaufnahme“ und „neuen Kursbestimmung“ ein erster Schritt zur Verwirklichung des obengenannten Stoiber-Papiers, nämlich die „Verbesserung des Minderheitenschutzes“ in den Betrieben, d.h. über die Änderung des Betriebsverfassungsgesetzes sollen die Spaltergewerkschaften bei Wahlen bessere Chancen bekommen.

Mit der Abschaffung der „Abtreibung auf Krankenschein“ und der Änderung des Ehescheidungsfolgerechts, soll der Welt das Deutschtum erhalten und die Frauen wieder gefügiger gemacht werden.

Daß diese Wendemanöver für Strauß nur das Sprungbrett in eine andere Staatsform sein sollen, sollte man nicht vergessen, wenn man die Regierpolitik angreift. Die SPD z.B. sieht die Gefahren nur in einem sehr begrenztem Rahmen. Sie baut als ihre Gegner Dregger und v.a. Geißler auf. Sicher ist es nötig, die Demagogie Geißlers bloßzustellen und zu entlarven. „Der größte Hetzer seit Goebbels“ nennt Brandt ihn, wobei er geschickt die Gleichsetzung mit faschistischer Hetze vermeidet und doch darauf anspielt. Aber vor der ungleich größeren Gefahr, die von Strauß ausgeht, verschließen die politisch bestimmenden Kräfte in der SPD die Augen.



„Kakophonie in FJS-Moll“

Strauß ist kein biologisches Problem - weder für uns noch für Kohl! Es ist nicht die Frage, ob Strauß selbst sein Sonthofener Programm noch in

die Tat umsetzen wird oder ein Nachfolger - es ist die Frage, daß man es bekämpft, damit es gar nicht zur Anwendung kommt.

Bayern verschärft Berufsverbot

Mit einem Entwurf zur Änderung des Beamtenrechts soll es linken Lehrstudenten unmöglich gemacht werden ihre Ausbildung abzuschließen. Bisher waren Lehramtsanwärter, die ihren Vorbereitungsdienst zum zweiten Staatsexamen abzuleisten hatten, meistens Angestellte des Freistaates. Jetzt sollen sie den Beamtenstatus bekommen, wodurch angebliche Verfassungsfeinde auf Grund des Extremistenerlasses nicht zu diesem Vorbereitungsdienst zugelassen werden. Dieser Gesetzesentwurf ist verfassungswidrig. 1975 hat das Bundesverfassungsgericht ausdrücklich verlangt, daß auch vermeintliche Extremisten ihre Ausbildung abschließen können müssen, da der Staat das Ausbildungsmonopol hat.

In den Jahren, als es noch genügend Stellen für Junglehrer und kein Berufsverbot gab, waren Studenten im Vorbereitungsdienst ebenfalls Beamte. Der Beamtenstatus garantierte ihnen die Übernahme in den Staatsdienst. Als die Lehrstellen knapp wurden, wur-

den mehr und mehr Studenten im Vorbereitungsdienst in das Angestelltenverhältnis übernommen. Sie zahlten Arbeitslosenversicherung und waren dann nach dem Staatsexamen ganz „normale“ Arbeitslose. Nach der neuen Regelung ist es ihnen unmöglich, ihre Ausbildung zu beenden, mit der sie z.B. an Privatschulen oder Volkshochschulen unterrichten könnten.

Die neue bayerische Regelung des Beamtenrechts hat ausschließlich politische Gründe. Es gab Fälle, in denen mußten Lehrer, die als „extremistisch“ eingestuft waren, nach Gerichtsverfahren doch noch eingestellt werden. Der Freistaat, der diese Verfahren bis vor die obersten Gerichte brachte, hat einige dieser Prozesse verloren und wurde gezwungen, die abgelehnten Lehrer zumindest ins Angestelltenverhältnis zu übernehmen. Um sich in Zukunft auch noch dies zu ersparen, erteilt man nun der Einfachheit halber vermeintlichen Verfassungsfeinden mit einem verfassungswidrigen Gesetz „Ausbildungsverbot“.

Wie Spranger die Verfassung schützt

Nationale Weihestätte für
Kaiser Franz Josef

Es geht um den letzten Verfassungsschutzbericht bzw. um dessen "Richtigstellung" durch Spranger, Staatssekretär im Innenministerium Zimmermann. Dem paßte nämlich der von dem nicht gerade als fortschrittlich bekannten Bundesamt für Verfassungsschutz vorgelegte Bericht über „verfassungsfeindliche Umtriebe“ nicht. Wie man sich denken kann, waren die Rechtsradikalen zu schlecht und die Linken zu gut weggekommen. Korrekturen des Verfassungsschutzberichtes kennt man von Spranger schon. Er war auch derjenige, der dafür sorgte, daß die HIAG (Hilfsgemeinschaft auf Gegenseitigkeit der ehemaligen Soldaten der Waffen-SS) in dem Bericht nicht mehr erwähnt wird.

In diesem Jahr kürzte er z.B. die Passagen über die „Deutsche Nationalzeitung“, die von dem Faschisten G. Frey in München herausgegeben wird. Auch der Absatz über David Irving wurde von dem Eiferer gestrichen. Irving wird von Frey bezahlt und in einschlägigen Kreisen als Veranstaltungsredner herumgereicht, da er als Historiker die Alleinschuld Hitlers am Ausbruch des zweiten Weltkrieges und die NS-Verbrechen leugnet.

Schwelle zum Extremismus-Verdacht..

Niemand braucht zu befürchten, „in das Blickfeld des Verfassungsschutzes zu geraten“ - so Zimmermann. Wenn allerdings „die Schwelle zum Extremismus-Verdacht“ überschritten werde, setze „der gesetzliche Beobachtungsauftrag des Verfassungsschutzes ein.“ - ebenfalls Zimmermann.

Anläßlich es „Prüfberichts“ über die Abteilung III „Linksextremismus“ des Verfassungsschutzes konnten sich die Datenschützer davon überzeugen, daß das Blickfeld des Verfassungsschutzes 360 Grad umfaßt und daß die „Schwelle zum Extremismus-Verdacht“ schon da überschritten ist, wo einer nicht CSU-Mitglied ist: Erkenntnisse über die Grünen, den Schriftsteller-Verband, den Bundesverband der Bürgerinitiativen Umweltschutz, die Gewerkschaften gehören ebenso zum gespeicherten Material der Verfassungsschützer wie Daten über Bürger, die einen Aufruf zur Abrüstung unterschrieben, an Stopp-Strauß-Aktionen teilnehmen oder ihr Auto in der Nähe einer Demonstration parkten. Wer sich dem Extremismus-Verdacht nicht aussetzen will, muß eben zuhause bleiben, bis die Demonstration vorbei ist.

Ganz im Sinne seines Herrn und Meisters, der auf dem rechten Auge besonders gut sieht, bezeichnet Spranger die Rechtsradikalen als „harmlose Spinner“. Wir erinnern uns an Strauß' Einschätzung der Wehrsportgruppe Hoffmann, sechs Monate bevor von Mitgliedern dieser Bande die Bombe gelegt wurde, die 13 Menschenleben forderte: „Mein Gott, wenn jemand Spaß daran hat am Sonntag mit einem Rucksack und im Kampfanzug mit Koppelschloß durch's Gelände zu marschieren, soll man ihn in Ruhe lassen .. Hoffmann hat sich nichts zu Schulden kommen lassen.“ (Strauß März 1980)

Die Duldung des Rechtsradikalismus hat Methode. Sie sind unter anderem „die Hilfstruppen, mit denen man nicht zupferchen sein darf“ (Strauß, Spiegel 12/70). Auf der anderen Seite ist Spranger natürlich eifrig bemüht, ein klares Feindbild aufzubauen, das anfängt bei SPDlern, die an Ostermärschen teilgenommen haben. Daß Spranger sich selbst mit den Verfassungsschützern anlegt („Da sollen Tendenzen und Aussagen geändert werden, ohne Rücksicht auf die Fakten, wie es gerade paßt“), macht ja nichts. Es wird schon was hängenbleiben.

Im letzten DID berichteten wir über die Pläne der Bayerischen Staatsregierung für die neue Staatskanzlei, die so peinlich an die Pläne der Architekten Hitlers erinnern.

Nun wurde bekannt, daß in die Strauß-Behörde am Hofgarten das „Haus der Bayerischen Geschichte“ miteinziehen soll. Es hat noch jedem absoluten Herrscher gestanden, sich mit Kultur zu umgeben. Und jeder absolute Herrscher mußte das Geschichtsbild seines Volkes kontrollieren. Deshalb untersteht das „Haus der Bayerischen Geschichte“ dem Ministerpräsidenten, der einen „weisungsgebenden“ Leiter „bestellt“ und einen Beirat „beruft“. „Die Staatlichen Museen stellen dem Haus der Bayerischen Geschichte ihre Bestände für Ausstellungen zur Verfügung. Die Anforderungen des Hauses für Bayerische Geschichte gehen allen anderen Anforderungen vor“. (AZ, 27. 02. 85).

Normalerweise fallen Museen in die Zuständigkeit der Kultusministerien. In Bayern wird dieses Recht außer Kraft gesetzt. Die Museumsdirektoren, die alle bayerischen Beamte sind, wehrten sich dagegen. Ihnen wurde wie dem Bayerischen Rundfunk ein Maulkorb verpaßt.



Ein Beispiel für eine positive und befruchtende Darstellung, wie sie Spranger wünscht im Gegensatz zu der jetzt vorherrschenden „vergiftenden und negativen Berichterstattung“ in den Medien.

Über Äther und Kabel

Die Freude in der Landeshauptstadt München ist groß. Ab dem ersten Oktober 1985 bekommen die fünftausend Münchner Bürger, die an das Kabelfernsehen des Rudolf Mühlfnzel (CSU) angeschlossen sind, ein sogenanntes Pilotprojekt, das aus Rundfunkgebühren und Steuergeldern finanziert wird, endlich ein zweistündiges Fernseh-Lokalprogramm. Programmchef wird ein Herr Fred Kraus, der seit Jahrzehnten für den bayerischen Rundfunk öde und seichte Shows produziert, gern zusammen mit seinem Sohn, dem begnadeten Star Peter Kraus. Produziert wird dieses Lokalfernsehen von einer Firma namens „TV - weiß-blau“. Der Dichterfürst, der wahrscheinlich diesen Namen eronnen hat und dem auch 30 % des Kapitals der Firma gehören, heißt Franz Georg Strauß und ist Sprößling des Landesvaters von Bayern. Weitere 30 % hält der ehemalige „Kulturreferent“ der CSU-Landesleitung Hubert Wagner und 20 % der CSU Bundestagsabgeordnete Josef Linsmeier, der auch schon finanziell bei dem kommerziellen Hörfunksender „Neue Welle Bayern!“ engagiert ist.

Diese frohe Botschaft aus München aber macht nur die Spitze eines Eisberges sichtbar. In der konsequenten Fortführung der deutschen Tradition, den Rundfunk zu einem Propagandainstrument der herrschenden Partei zu machen, ist nahezu alles, was in Bayern sendet direkt oder indirekt mit der CSU verflochten.

Im öffentlich-rechtlichen Bayerischen Rundfunk ist der Intendant Vöth CSU-Mitglied und ehemaliger Staatssekretär der Landesregierung. Auch die meisten Programmverantwortlichen gehören dieser Partei an, darunter Wolf Feller, der für Politik zuständig ist. Als er noch Italienkorrespondent der ARD war, sah er seine Hauptaufgabe darin, um die Entlassung einer Mitarbeiterin zu kämpfen, deren Mann Mitglied der KPI ist. Auch das Kontrollorgan des Bayerischen Rundfunks, der Rundfunkrat ist mit überwältigender Mehrheit von CSU-Mitgliedern und Sympathisanten durchdrungen, an der Spitze steht hier Edmund Stoiber.

Seit April sind in Bayern landesweit kommerzieller Hörfunk und Fernsehen möglich. Weil in der bayerischen Verfassung durch Volksentscheid festgeschrieben ist, daß Rundfunk in öffentlich-rechtlicher Verantwortung stattfinden muß (vor Jahren wollte man hier nämlich schon einmal einen Staats- und Parteirundfunk etablieren), wurde als Gast beim Kultusministerium ein sogenannter Medienrat eingerichtet.

Vorsitzender dieses Medienrates wurde mit 29 gegen 19 Stimmen Klaus Kopka, der medienpolitische Sprecher der CSU-Landtagsfraktion. Geschäftsführer dieser neuen „öffentlich-rechtlichen Anstalt“ und damit Intendant des bayerischen Kommerzfernsehens soll der schon erwähnte ehemalige Fernsehchefredakteur des Bayerischen Rundfunks, das CSU-Mitglied Rudolf Mühlfnzel werden.

Doch damit nicht genug. Seit es in Bayern das Gesetz zur Zulassung privater Sender gibt, gründen sich überall neue regionale private Produktionsfirmen und fast überall, nicht nur in München, hat die CSU ihre schwarzen Finger drin. In Schwaben z.B. ist der Bundestagsabgeordnete Linsmeier beteiligt, in Bayreuth steht hinter der dortigen Firma ein CSU Anzeigenblatt und auch bayernweit „koordiniert“ die CSU. Unter aktiver Beteiligung der CSUler Linsmeier und Heinz-Jürgen Bien wurde ein „Verband Bayerischer Lokalrundfunk“ gegründet. Hier sind lokale Sender zusammengeschlossen und 32 von ihnen wollen bei der „Neuen Welle Bayern“, bei der Linsmeier ja auch beteiligt ist, mitsenden.

Damit dann auch die richtigen Inhalte gesendet werden, bildet die CSU mit Hilfe ihrer Hans-Seidel-Stiftung die zukünftigen Redakteure aus. Diese Ausbildung ist sehr praktisch und findet am schönen Gardasee statt. Dort gibt es den Sender „Radio Garda 3“ und der wiederum gehört mehrheitlich einem Friedrich Wilhelm Engmann, Mitglied im Ortsverband Bad Kissingen und im Bezirksvorstand Unterfranken der Jungen Union.

Den privaten Rundfunk verkaufen CDU und CSU als entscheidenden Bei-

trag zu größerer Medienvielfalt als die Chance für den mündigen Bürger, aus einem großen Angebot das auszuwählen, was ihm gefällt. In Bayern wird er bald in allen Programmen hören: „Franz Josef Strauß gibt bekannt ...“. Wenn Strauß mal nicht selbst verkündet, wird dies sein ehemaliger Sprecher Hans Tross tun. Er soll im bayerischen Rundfunk die Hauptabteilung „Nachrichten und Aktuelles“ übernehmen. Da ist er wohl auch richtig. 1979, als Tross noch stellvertretender Chefredakteur des „Münchner Merkur“ war, hatte er in einem Leitartikel die Eroberung der Ölfelder am Persischen Golf gefordert (vgl. DID 37, S. 34). Damals konnte sogar der Staatsanwalt gezwungen werden (ohne Ergebnis natürlich) gegen ihn zu ermitteln, wegen „Aufstachels zum Angriffskrieg“.

Die schöne neue und nicht mal mehr schwarz-weiße Medienzukunft hat begonnen.



„Nur nicht drängeln! Hier kann jeder seine Meinung sagen“

Hitler als Werkzeug Stalins!

Strauß-These wissenschaftlich untermauert:

Wer löste den 2. Weltkrieg aus? Hitler? Nein! „Stalin gab Hitler grünes Licht zum Überfall auf Polen.“ (Strauß in seiner Rede „die der Erinnerung der Tage, als vor 40 Jahren der zweite Weltkrieg endete“, gewidmet war. (RBK 18/1985). Wieder mal ein wichtiger historischer Hinweis von Strauß. Um die bedeutende These von Strauß zu untermauern, gab der Bayerische Staatsminister Schmidhuber dem Grazer Professor Ernst Topitsch Gelegenheit, in der Bayerischen Landesvertre-

tung in Bonn sein Buch „Stalins Krieg“ vorzustellen:

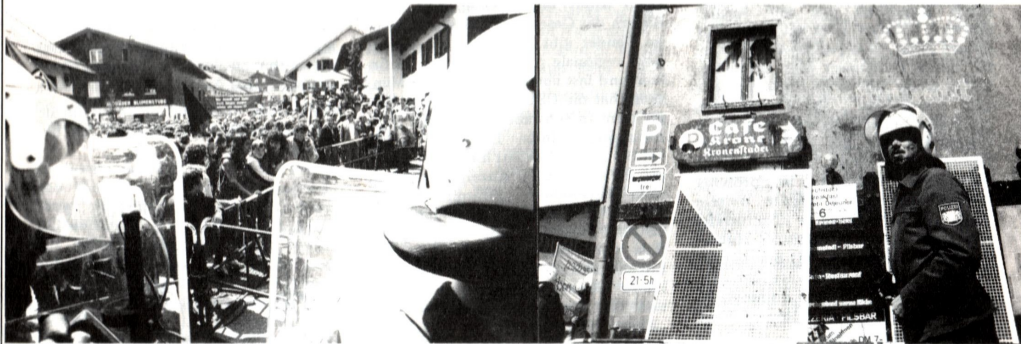
Leseprobe: So läßt sich der Zweite Weltkrieg - recht eigentlich „Stalins Krieg“ - in den Zusammenhang einer umfassenden Langzeitstrategie einordnen, die sich schwerpunktmäßig gegen die Westmächte als die eigentlichen Bastionen des „Kapitalismus“ und „Imperialismus“ richtet“. Schmidhuber lobt das Werk: „Neben der Deutung Hitlers als eines nihilistischen Dämons stellte Ernst Topitsch seine Interpretation Hitlers als eines nützlichen Idioten im Leninischen Sinne“.

Antifaschisten in Aktion

Zwei Nazi-Aufmärsche. Einer in Nesselwang, der andere in Aachen. In Nesselwang die Alten, in Aachen ihr Nachwuchs. In Nesselwang bekamen sie, was sie wollten, in Aachen, was sie verdienten.

Wie kam es dazu? Gegen Nesselwang hatte die ganze Welt protestiert, 5000 Demonstranten waren angereist, um ihre Gegnerschaft zu bekunden - allerdings erst am Ende der SS-Treffen und nicht zu deren Beginn. All das genügte nicht, weder um die Behörden zu einem Verbot zu zwingen, noch um die Nazis zu schrecken. Im Gegenteil. Sie konnten sich darauf verlassen, daß die angerückten Hundertschaften von Polizei und Bundesgrenzschutz auf ihrer Seite standen. Proteste allein genügen eben nicht, so ehrlich sie gemeint sein mögen.

Anders in Aachen. Ein breites Bündnis demokratischer Organisationen war sich einig darüber, daß es um mehr gehen mußte, als gegen den geplanten Nazi-Aufmarsch zu demonstrieren. Das Ziel war von Anfang an, deren Aktionen zu verhindern und sie spüren zu lassen, daß sie in Aachen keinen Stich machen konnten. Und es gelang, weil die Antifaschisten ihr Vorhaben entschlossen auf das Ziel hin planten, die Nazis gar nicht erst zum Zug kommen zu lassen.



Nesselwang

Wer zwischen dem 2. und 11. Mai als Besucher oder Journalist nach Nesselwang kommt, dem wird - ob er fragt oder nicht - ständig versichert, daß hier jeder nur seine Pflicht tut und alles seine Ordnung hat. Rolf Buchheister, Wirt des Hotels „Krone“, selbst Angehöriger des SS-Verbandes „Das Reich“ und Gastgeber für die SS-Verbände, habe seinen Kameraden gegenüber nur seine Kameradschaftspflicht erfüllt und ihnen ein Obdach für ihr Freundeschaftstreffen gewährt. Wobei allerdings aus geschwätzigen Nazikreisen zu erfahren ist, daß hinter den Mauern des Hotels Krone in geschlossener Gesellschaft mit dem, was man landläufig als Freundschaft versteht, zunächst gar nicht so viel los ist: Dort funktioniert noch alles nach der Weltkrieg II-Hierarchie, die oberen Ränge kommandieren die unteren und es wird gehorcht. Auch der Bürgermeister des Orts, Kainz, in unauffälliges Loden gekleidet, tut wie immer auch diesmal nur seine Pflicht: Nein, es gebe keine rechtliche Möglichkeit, einem Privatmann zu untersagen, andere Privatleute einzuladen, schließlich handle es sich um einen eingetragenen Verein, Gesetz sei Gesetz und das herrsche in Nesselwang. Daß das SS-Treffen in Nesselwang trotz der Proteste aus aller Welt stattfinden kann, ist für Kainz sogar der Beweis für die Toleranz in einer lebendigen Demokratie, denn: „Das

bloße Unerwünschtsein kann kein Grund für ein Verbot sein, im Gegensatz zur z.B. nationalsozialistischen Diktatur oder zu kommunistischen Staaten.“ Sprach's und teilte der internationalen Presse eine bunte Werbe-mappe für den Wintersportort Nesselwang aus, der alle 2 Jahre die Nordische Kombination beherbergt, „Beweis für unsere Aufgeschlossenheit und Freundschaft anderen Nationen und Völkern gegenüber.“ (Kainz). Die Völker bedanken sich.

Der nächste, der vor der versammelten Weltpresse beteuern muß, daß er buchstabengetreu die Gesetze befolge, ist der Einsatzleiter der Polizei persönlich. Er sei nur hier, um dem SS-Treffen einen ordnungsgemäßen Ablauf zu sichern. Die Frage eines Reporters, ob er sich klar darüber sei, daß die Polizei Mörder schütze und sich auf deren Seite stelle, mag er nicht hören. Er hat seine Befehle.

Und als am Samstagmorgen einige Hundert Punks die „Krone“ mit Farbbeuteln, Eiern und Flaschen traktierten, gibt es bei vielen Zuschauern keine Erinnerung an die Geschichte mehr. Es sind die jungen Nazigegner, die Gewalt säen, die „weggehören“, die „man in einen Plastiksack stecken sollte“, damit sie sich nicht noch einmal an fremdem Eigentum vergreifen können. 40 Jahre nach Ende des Krieges treffen sich in der „Krone“ alte Herren, die „nur ihre Pflicht getan ha-

ben“, die „dem Vaterland gedient“ und „ihre Ruhe verdient haben“. Die Frage, ob die Pflichterfüllung auch rechtfertige, Oradour, Marzabotto und Lidice auszurotten, wird als peinlich empfunden, sie gehöre nicht hierher.

Zum Glück gab es in Nesselwang auch solche, die ihre Pflicht darin sahen, den Aufmarsch der Mörder zu verhindern, die der Welt zeigen wollten, daß es Widerstand gibt: den Pfarrer des Ortes, der gegen die Zusammenkunft der Nazis Unterschriften sammelte und der seine Kirche während der Zeit der Treffen abschloß. Oder die Nesselwanger Bürgerinitiative gegen das Faschistentreffen, die vergeblich versuchte, in Nesselwang einen Raum für ihre Arbeitstreffen zu finden, jedoch ständig abgewiesen wurde und irgendwo auf den Berg ausweichen mußte. Und auch die 5000 Demonstranten, die aus allen Teilen Deutschlands angereist waren, um gegen den Aufmarsch der Nazis zu protestieren. Doch weder sie noch die Proteste aus aller Welt konnten verhindern, daß sich zwischen dem 2. und 11. Mai die SS-Verbände „Totenkopf“ und „Leibstandarte Adolf Hitler“ und „Hitlerjugend“ trafen. Der 2. Vorsitzende des „Haufens“ Krüger fand die ganze Aufregung völlig überflüssig. Man sitze hier doch nur zusammen, um Vermächte aufzuspüren und im Geiste der SS-Ideale, als da seien „Mut“, „Ehre“,

Nesselwanger SS-Treffen hat ein Nachspiel

**Gastwirt fordert Schadenersatz vom DGB / Gefälschtes Flugblatt stiftet Verwirrung
Strafanzüge gegen Unbekannt**

Sowohl der Kemptener DGB als auch der SPD-Landtagsabgeordnete Günter Wirth, der Rechtsanwalt in Kempten ist, setzen sich mit Strafanzeigen gegen ein von Unbekannten verfaßtes Flugblatt zur Wehr, das in den vergangenen Tagen im Raum Nesselwang verteilt worden ist. Nach Überzeugung des DGB und des Landtagsabgeordneten haben Rechtsradikale dieses Flugblatt entworfen, auf dem sich unter dem offiziellen Signet der SPD der Landtagsabgeordnete Günter Wirth von der Demonstration gegen das SS-Treffen distanziert. Für Wirth ist das Flugblatt eine glatte Fälschung, weshalb er Strafanzeige gegen Unbekannt wegen Urkundenfälschung gestellt hat. Ebenfalls Strafanzüge gegen die noch unbekannten Verfasser haben der DGB Kempten und dessen Rechtssekretär Rolf Bickelhaupt wegen übler Nachrede bei der Staatsanwaltschaft Kempten eingereicht.

In dem Flugblatt, dessen Urhebererschaft dem SPD-Landtagsabgeordneten Wirth untergeschoben wird, heißt es unter anderem, der DGB habe für die Veranstaltung gegen die SS-Treffen in Nesselwang Chaoten angeworben und bezahlt, wodurch „bedeutender Sachschaden an Gebäuden und sonstigen Sachwerten“ entstanden sei. SZ vom 22./23. 6. 85

„Bereitschaft fürs Vaterland“, „Ehrlichkeit“, „saubere Einstellung gegenüber der Frau“ Erinnerungen auszutauschen. 200 m weiter spricht bei der DGB-Kundgebung Camille Senon, eine der 7 Überlebenden von Oradour-sur-Glane - dem Ort, in dem am 10. Juni 1944 643 Einwohner, darunter 500 Frauen und Kinder, von der SS-Panzerdivision „Das Reich“ ermordet wurden, von ihren Erinnerungen an die SS.

Nazifreie Zone in Aachen

Oft genug mußten Antifaschisten auch in Aachen die Erfahrung machen, daß das „staatliche Gewaltmonopol“ in Gestalt der Polizei faschistische Veran-

staltungen schützte, statt sie aufzulösen. Oft genug konnten so Provokationen der Faschisten in Aachen stattfinden, so daß etwa die DVU Aachen

Am Samstagabend ist Nesselwang wieder unter sich. Die alten Nazis kriechen aus ihren Löchern und mischen sich redselig unter die Bevölkerung und erbringen endgültig den Beweis, wer hier friedlich ist und wer nicht. Ein Bankett beendet den Tag, Höhepunkt ist ein gemeinsamer Toast auf Reagan, der sie aus Bitburg wissen ließ, mit wem er sich gegen wen veröhnt.

In Stellungnahmen setzten sich gestern der DGB und der SPD-Landtagsabgeordnete Wirth gegen den Inhalt des gefälschten Flugblattes zur Wehr. Für den DGB erklärte der Kemptener Kreisvorsitzende Rudolf Grätz, mit dem Flugblatt wollten offensichtlich Rechtsradikale sowohl den DGB und seine Gewerkschaften als auch den Organisator der DGB-Veranstaltung, Rolf Bickelhaupt, „diffamieren und bloßstellen“.

Rolf Thym

als günstiges Pflaster für ihre Umtriebe einschätzte. Nach den Niederlagen, die sich die Nazis am 4. und am 8. Mai auf den Aachener Straßen durch das entschlossene Handeln der Aachener Antifaschisten zuzogen, dürfte ihnen die Lust auf Aachen vergangen sein.

Die Naziszene hatte Aachen für den 8. Mai als Aufmarschplatz erkoren. Eine „Volkstreue außerparlamentarische Opposition“ (VAPO) mobilisierte zum Angriff auf die zentrale DGB-Kundgebung in Aachen zum 40. Jahrestag der Befreiung vom Hitlerfaschismus. Die VAPO ist ein Zusammenschluß verschiedenster faschistischer Gruppen, darunter die FAP („Freiheitliche Arbeiterpartei“), die „Wiking-Jugend“ und zahlreiche Skinhead- und andere Nazibanden.

In einem VAPO-Aufruf hieß es: „Linke aller Schattierungen und Feinde des Reichsgedankens wollen (zum 8. Mai) in Aachen demonstrieren. (...) Unter Federführung des bolschewistisch beeinflussten DGB wollen die Linken (...) die „Befreiung“ feiern.“ Deshalb „soll bei dieser Gelegenheit endlich auf breiter Front dem roten Alleinherrschaftsanspruch auf der Straße begegnet werden“.

Dies ging gründlich in die Hosen! Doch der Reihe nach:

Für die Abwehr des erstmalig auf eine Großveranstaltung des DGB ausgerichteten Nazi-Angriffes hatte sich ein breites Bündnis demokratischer Organisationen zusammengetan. Einigkeit bestand darin, daß keinesfalls auf ein Eingreifen der Polizei gehofft werden dürfe, dies umso mehr, als die faschistische FAP - obwohl Nachfolgeorganisa-



Nazis auf der Flucht vor den Antifaschisten in Aachen. Kurze Zeit später wurden sie gestellt und verprügelt.

tion der verbotenen Kühnen-Truppe ANS/NS - in NRW zur Landtagswahl zugelassen worden war. Am 8. Mai wollten die Aachener Antifaschisten selbst für ein nazifreies Aachen sorgen: Mögliche Sammelpunkte der Faschisten observieren; mögliche Angriffsziele wie die Privatwohnungen von bekannten Antifaschisten, Parteibüros der SPD und DKP, antifaschistische Gedenkstätten, Geschäfte und Treffs türkischer Mitbürger schützen; und vor allem: Nazizusammenrottungen von Anfang an selbständig auflösen!

Diese Planung für den 8. Mai mußte dann aber bereits am 4. Mai in die Tat umgesetzt werden: Die Nazis rückten mit 150 Mann in der Nacht vom 3. auf den 4. Mai an. Warum sie 5 Tage früher nach Aachen kamen, schätzte die Aachener Polizei wohl richtig ein:

„Möglicherweise hänge die „Vorverlegung mit den gleichzeitig am Samstag in Köln und Bonn gelaufenen Demonstrationen der Linken zusammen“. „Die Rechtsradikalen haben vielleicht geglaubt, Aachen wäre deshalb am Samstag frei von Polizei und Linken. Doch das war bekanntlich nicht der Fall.

Aus: „Aachener Volkszeitung“ vom 7.5.85

In der Tat: Als durchgesiebert war, daß am 4. Mai mit der Provokation zu rechnen sei, entschlossen sich die Aachener Antifaschisten, nicht nach Köln zur zentralen Demo zum 40. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus zu fahren, sondern handfesten Antifaschismus in Aachen zu praktizieren.

Hatten die Nazis sich gedacht, sie könnten „dem roten Alleinherrensanspruch auf der Straße“ (VAPO-Aufruf) leichter begegnen, wenn die „Roten“ erst gar nicht da sind, so sahen sie sich getäuscht. 300 Antifaschisten verhinderten, daß der Kühnen-Stellvertreter Thomas Brehl wie angekündigt vor seinen braunen Anhängern sprechen konnte. Es gelang den Faschisten erst gar nicht, sich wie geplant auf dem Aachener Markt zusammenzurollen. Wie der Stern-Journalist Kromschöder berichtet (er hatte sich unter die Nazis geschmuggelt), sollten die 150 Braunen in 6 Trupps eigenständig den Markt erreichen. Dies gelang zwei Trupps - jedoch nur für einige Sekunden, dann wurden sie von den Antifaschisten gestellt und von der Polizei aufgelassen bzw. sie gaben - gejagt von uns - Fersengeld. Andere Faschisten wurden von den ständig durch Aachen fahrenden antifaschistischen Krad-Meldern z.B. im Hochschulviertel geortet. Was daraufhin geschah, beschrieb die Aachener Volkszeitung so:

„Plötzlich geriet die Menge vor dem Rathaus in Bewegung. Durch die Pont-

straße stürzten Hunderte ins Hochschulviertel, wo - wie bekannt geworden war - Skinheads Wahlkampfkaktionen von CDU und SPD gestört und einen Infostand der Sozialdemokraten umgeworfen hatten. Die Verfolgungsjagd war vor dem TH-Hauptgebäude am Templergraben zu Ende: 19 Rechtsradikale suchten hier Schutz - unter dem Protest des TH-Rektors Professor Dr. Hans-Dieter Ohlenbusch, der sie aufforderte, das Haus unmittelbar zu verlassen. Ohlenbusch: „Dies Haus ist ein Ort der politischen Diskussion, aber nicht der politischen Gewalt.“

Aus: „Aachener Volkszeitung“ vom 6.5.85.

Bis gegen Mittag gelang es somit den „unter der Fahne des Antifaschismus geeinten linken Gruppierungen“ (so die rechte Aachener Volkszeitung!), den Nazis eine schwere Niederlage zu bereiten. 52 Faschisten wurden auf Druck der Demokraten von der Polizei verhaftet, der Rest verkroch sich zu

„Dieses Mal hätten wir die Fresse vollbekommen“

Mit gefesselten Händen auf dem Rücken sitzen wir zu dritt in einer Polizeiwanne. Nach einer Auseinandersetzung mit Körperkontakt zu einigen Faschisten bringt uns die Polizei ins Präsidium und kündigt an, sie werde den Faschisten bezeugen, daß wir ihnen ans Leder wollten. Typisch ...

Im Zellentrakt des Präsidiums muß ich meine Utensilien abgeben und werde in eine Sammelzelle gesteckt, in der sich außer einem Antifaschisten ein etwa 25 Jahre alter Typ befindet. Ich frage ihn, warum er hier ist. „Landfriedensbruch und Nötigung“, antwortet er, „und Du?“

„Wir haben die Faschisten aus der Stadt getrieben und ...“ - „Ich bin Faschist!“ unterbricht er mich brüllend und fängt sofort wie ein Berserker an, ein Nazi-Lied zu gröhlen, „Flandern in Not ...“

„Jetzt geht's aber los“, denke ich mir, „Mit 'nem Faschisten in einer Zelle!“ „Mein Kumpel schüttelt den Kopf: „Unglaublich ...“ Ich kann kaum etwas verstehen, so brüllt der Idiot: „Hoch die blutrote Fahne, die Hakenkreuzfahne ...“ schreit er und läuft wie ir in der 4 x 4 m großen Zelle auf und ab. „Halt die Klappe“, sage ich und drücke den Klingelknopf neben der Tür. Kurz darauf öffnet sich die Tür und ein Beamter erscheint. Wir zwei Antifaschisten fordern, daß der Nazi rauskommt. Der Beamte reagiert überhaupt nicht, stößt uns stattdessen von der Tür zurück und schiebt einen Skinhead herein!

„Ich glaub, ich spinn“ denke ich, doch

den Sammelstellen und wurde dort von der Polizei aufgegriffen und aus der Stadt geschafft. Die Stadt wurde von den Aufklebern und Flugblättern der Nazis bis zum Abend des 4. Mai gesäubert.

Nazi-Führer Brehl wertete die Niederlage so: „Lasche Sache, leider hat's nicht richtig gerummst.“ (Stern, 23.5.85).

Dies gelang den Nazis dann auch am 8. Mai nicht. Das antifaschistische Bündnis organisierte auch an diesem Tag den demokratischen Selbstschutz, überwachte die Zugangsstraßen zum Versammlungsort der DGB-Kundgebung und observierte Tag und Nacht die einschlägigen Adressen in Aachen. Die Gewerkschaftskollegen, aus vielen Städten NRWs angereist und 5000 an der Zahl, waren ebenfalls bereit, ihre Kundgebung zu schützen. Es war nicht nötig. Die Faschisten zogen es aus gutem Grund vor, die Aachener Straßen zu meiden.

die Tür ist schon wieder zu. Der Idiot brüllt weiter seine Nazi-Gesänge und läuft mit „Hitlergruß“ auf und ab: „Nieder mit der Judenrepublik“ schreit er dazwischen.

Der Skinhead setzt sich auf die Pritsche. „Zwei zu zwei“ denke ich mir, doch der Skinhead verhält sich absolut ruhig, während der Idiot weitermacht. Wieder klingeln wir, doch wieder wird ein Skinhead hereingeführt. Langsam wird uns mulmig. Aber auch dieser setzt sich auf die Pritsche, sagt keinen Ton.

Das ganze Spiel wiederholt sich mehrfach, bis wir schließlich 7 Faschisten gegenüberstehen. Von den 6 hereingeführten Nazis geht keinerlei Aggression aus. Sie sitzen auf der Pritsche und ich komme ins Gespräch mit ihnen. Sie sind aus Bonn und Essen. Warum sie das Hitlersystem toll fänden, frage ich. Bevor sie richtig antworten können, mischt sich der Schreier ein: „Laßt Euch mit denen nicht ein“ schreit er, „ihr könnt froh sein, daß uns die Bullen eingesperrt haben, sonst hättet Ihr die Fresse vollgekrigert.“

„Nee, ej“, sagt da einer der Skinheads, „diesmal nicht, diesmal hätten wir die Fresse vollbekommen“. Der Idiot erzählt was von seiner Fallschirmjägerausbildung und hetzt dann weiter grölend durch die Zelle.

Nach einer halben Stunde kommen ich und mein Kumpel dann doch noch in Einzelzellen - gerade als es interessant geworden war.

Initiative Schützt die Demokratischen Rechte, Aachen.

Augsburg

Politische Verantwortung

„Dieser argentinische Marsch verbindet in unnachahmlicher Weise britische Eleganz mit preußischer Militärtradition“, plauderte der Conferencier in Uniform am 8. Juni auf dem Rathausplatz vor 2 Militärkapellen.

Kurz zuvor hatte die Polizei ein Transparent abgeräumt, auf dem ein Zitat von Kurt Tucholsky zu lesen war: „Militärkapellen spielen auf zu eurem Todestanz.“ Dann erst eröffnete OB Breuer die Woche der Militärmusik. Eine Festwoche für alte und neue Militaristen, für alte und neue Faschisten, ewig Gestrige und Zukünftige von Deutschlands Größe.

Für Glenn-Miller- und James-Last-Happy-Frischwärts-Sound gab es höflichen Applaus; Augen, Hände und Sonstiges wurden feucht beim bayerischen Defiliermarsch und dem großen Militaristen-Märsche-Potpourrie, die alten Kameraden lebten auf. „Erschlagt sie, vergast sie, nach Auschwitz“, schrien BDM-Weiber, Neonazis und alte Barrashengste, als die Augsburger Polizisten die Transparentträger wegschleiften.

Die Fratze des deutschen Militarismus wurde unverhüllt sichtbar, von dem Geschwätz einer „demokratischen Einbindung der Bundeswehr in unseren Staat“ blieb nicht mal mehr der Glenn-Miller-Sound übrig.

Herr und Hund:
Oberbürgermeister Breuer eröffnet die Woche der Militärmusik.



Die politische Verantwortung dafür trägt die Stadt Augsburg.

Nur im Finanzausschuß wurde diskutiert, wo den Arbeitslosen, den Sozialhilfeempfängern, den Kindergärten, die 20.000 DM abgezackt werden sollen, mit denen sich die Bundeswehr ihr „Geschenk“ an das 2000-jährige Augsburg vergolden ließ.

Als die Grünen angesichts scharfer Proteste (z.B. auch vom DGB-Vorsitzenden Karlheinz Schneider) die Woche der Militärmusik nochmals im Plenum des Stadtrats zur Sprache bringen

wollten, da fand sich kein SPD-Stadtrat, der ihren Initiativantrag unterstützte.

Es blieb nicht bei Paul-Abraham-Melodien in Uniform und „Alte Kameraden“, Kurt Tucholsky, dessen Bücher von den Nazis verbrannt wurden, bewies auch im 50. Jahre nach seinem Selbstmord 1935 in Stockholm seine Wirksamkeit und Aktualität: So lange die Militärmusik in der Stadt war, war er von den Straßen und Plätzen verbannt. Die Polizei rückte das Transparent erst nach 10 Tagen wieder heraus.

Bestellschein

Hiermit bestelle ich ab

- ☐ ein Jahresabonnement DM 12,-
☐ ein Förderabonnement DM 20,-

des DEMOKRATISCHEN
INFORMATIONSDIENSTES

Name:

Vorname:

Straße:

Ort:

Bitte senden an: Heinz Jacobi,
Waltherstr. 28, 8000 München 2

Postscheckkonto Jacobi
München 288265-809

Das Anti-Strauß-Komitee ist parteipolitisch ungebunden: Im ASK arbeiten Strauß-Gegner gleich welcher Herkunft, Partei oder Weltanschauung zusammen gegen die wachsende Gefahr der rechten und ultrarechten Kräfte. Strauß ist heute der Sammelpunkt für diese Kräfte; dahinter stehen einflußreiche Vertreter von Banken und Großindustrie.

Das Anti-Strauß-Komitee setzt sich ein für die Erhaltung der in der Verfassung garantierten demokratischen Grundrechte.

Das Anti-Strauß-Komitee will einen Beitrag dazu leisten, den Gedanken der Einheit aller demokratischen Menschen zu fördern.

Kontaktadresse: Heinz Jacobi, Waltherstr. 28, 8000 München

V.i.S.d.P.: Christian Lehsten, Isartalstr. 24, 8000 München 5, E.i.S.

Herausgegeben vom Anti-Strauß-Komitee München und Regensburg

Bei Redaktionsschluß erreichte uns folgende Meldung aus der SZ vom 22.6.1985:

Freispruch für Strauß-Darsteller

KEMPTEN (Eigener Bericht) – Es bleibt beim Freispruch für den Strauß-Darsteller im sogenannten Anachronistischen Zug, der wandernden Illustration eines gleichnamigen Brecht-Gedichts. Die Zweite Straßkammer des Landgerichts Kempten verwarf jetzt die Berufung der Staatsanwaltschaft und des Nebenklägers Franz Josef Strauß gegen das Urteil eines Kemptener Schöffengerichts, das den 29-jährigen Registrarsassistenten Alfons Lukas vom Vorwurf freigesprochen hatte, den bayerischen Ministerpräsidenten und damaligen Kanzlerkandidaten Strauß im Bundestagswahlkampf 1980 beleidigt zu haben. Lukas hatte im Anachronistischen Zug in der Maske von Strauß mit sechs Puppen gekämpft, die Nazigrößen darstellten.

Die Staatsanwaltschaft erblickte hierin eine Beleidigung, weil Strauß durch die gewollte Verbindung mit Nazifiguren in die geistige Nachbarschaft der NS-Ideologie gestellt worden sei. Das Landgericht sah zwar eine Kränkung von Strauß als gegeben an, kam in der Abwägung von Persönlichkeitsrecht einerseits und Kunstfreiheit und dem Recht auf freie Meinungsäußerung andererseits zum Ergebnis, daß die Darstellung geschmacklos, aber noch im zulässigen Bereich gelegen habe.

Seit fünf Jahren beschäftigt die Kemptener Justiz sich mit dem Anachronistischen Zug. Ein anderes Schöffengericht hatte in der Darstellung eine Beleidigung von Strauß gesehen und Lukas und die mitangeklagte Veranstalterin des Zuges zu Geldstrafen verurteilt. Die Revision dagegen war vom Bayerischen Obersten Landesgericht als offensichtlich unbegründet verworfen worden. Das Bundesverfassungsgericht entschied auf eine Beschwerde, Strauß darzustellen könne auch Kunst sein. Weil das Schöffengericht sich mit dem Kunstvorbehalt nicht auseinandergesetzt hatte, war der Anachronistische Zug von Karlsruhe wieder nach Kempten zurückgeleitet.

Von der Veranstalterin des Anachronistischen Zuges war gegen die Verurteilung ebenfalls Verfassungsbeschwerden eingeleitet worden, die in Karlsruhe einen Tag zu spät ankam. Sie betreibt derzeit ein Wiederaufnahmeverfahren.

Ernst Tröger



Die Schutzengel eines Massenmörders

40 Jahre dauert es nun schon, das zynische Schmierentheater von der Nichtverfolgung der Naziverbrecher. Die letzten Meldungen darüber, ob Mengele, der Massenmörder von Auschwitz, nun tot ist oder nicht, sollen wohl eher die Wahrheit verhüllen als sie ans Licht bringen.

Auf folgende Fragen weisen die vielen mosaiksteinartigen Meldungen in der Presse hin, wenn man sie zu einem Bild zusammensetzt: Warum wurde Mengele geschützt? Wer hat ihn geschützt? Warum bleiben die, die den Todesengel schützten wie selbstverständlich ungeschoren?

Und dies sind die Tatsachen:

Die Familie Mengele wußte seit 1979, daß Josef Mengele tot ist - wenn es überhaupt stimmt, was sein Sohn Rolf - Rechtsanwalt (!) in Freiburg - behauptet. Die Presse berichtet, Rolf Mengele sei mehrfach mit Josef Mengele in Brasilien zusammengetroffen.

Der, von dem sie es wollen, wird observiert in diesem Land. Warum nicht Rolf Mengele, dessen Spur zu dem Massenmörder führte?

Wieso hat die bundesdeutsche Justiz sich nie den berechtigten Nazi-Oberst Rudel vorgeknöpft, von dem seit Jahrzehnten (der Spiegel berichtete z.B. schon in Nr. 39/1964 darüber) bekannt war, daß er sich bei dem paraguayischen Diktator Stroessner für Menges Schutz einsetzte? Rudel war übrigens in Südamerika auch tätig als Vermittler von Geschäften für die Firmen AEG, Hochtief und Phoenix-Rheinrohr. Wer in der BRD gegen Nazi-Oberst Rudel bei seinen Auftritten auf Veranstaltungen der neofaschistischen „Deutschen Volksunion“ protestierte, der bekam es regelmäßig mit der Polizei und der Justiz zu tun. Rudel nie!

Und die ganze Sippschaft des Josef Mengele? Sie sind in Günzburg Besitzer einer Landmaschinenfabrik, größter Arbeitgeber von Günzburg. Man hat in Ichenhausen sogar eine Straße „Mengele-Straße“ genannt. Schon 1964 erhob die „Internationale Union der Widerstandskämpfer und Deportierten“ den Vorwurf, daß der KZ-Arzt von den Erträgen der Landmaschinenfabrik ein geruhames Leben verbringe. Gegen den ehemaligen Prokuristen hat man jetzt am 31. Mai 1985 (!) eine Hausdurchsuchung durchgeführt. Als ob nicht jeder Schulbub wüßte, wer bei den Herrn Fabrikanten die Überweisungen macht - der Buchhalter, nicht der Direktor Menge-

le selber. Auch bei Flick war es Buchhalter Diehl, bei dem man die schwarzen Kassenbücher fand, nicht bei Flick oder von Brauchitsch persönlich.

Und rotzfrech verkündet dieser Mengele-Prokurist Hans Sedlmeier laut Spiegel 17/1985: er werde das Geheimnis um den Sohn des Chefs mit ins Grab nehmen. So einer darf in dieser Republik frei herumlaufen!

Josef Mengele war 1959 bei der Beer-digung seines Vaters in Günzburg. Ganz Günzburg weiß das. Festgenommen hat ihn niemand. Bei einem Notar in der bayerischen Stadt Günzburg soll Mengele auf seine Erbsprüche an der Fabrik verzichtet haben. Hat der Herr Notar vielleicht nicht gewußt, wer da vor ihm steht? Ist er jemals zur Rechtschenschaft gezogen worden?

Aber dies sind ja letztlich alles kleine Fische - richtig.

Und was ist mit den großen?

In Stuttgart wird im August 1983 ein „Institut für deutsch-paraguayische Beziehungen zur Wirtschafts- und Kulturförderung“ geschaffen - mit dem erklärten Ziel, den Diktator von Paraguay, Menges Beschützer Stroessner, in die BRD als Staatsgast einzuladen. Nach zwei Jahren hat es geklappt. Ein Herr Aigner, Vorständer des Instituts, ein alter Strauß-Bekannter und CSU-Mitglied, früher persönlicher Referent von Filbinger, hat die Fäden gesponnen. Und mit Machtwort aus München wurde in Bonn dann die Einladung als Staatsgast für Stroessner durchgesetzt. Außenminister Genscher durfte nachträglich als Außenminister noch zustimmen. Nicht einmal die eigenen Gesetze und Gepflogenheiten der Diplomatie werden von Kohl und Konsorten eingehalten, wenn Strauß verlangt, daß ausgerechnet wenige Wochen nach dem Jahrestag der Befreiung vom Faschismus der Hitler-Verehrer und Mengele-Beschützer Stroessner nach Bonn hätte kommen sollen. Weizsäcker und Genscher hatten nicht den Mumm, dagegen zu protestieren. Feige und indigniert wollten sie sich währenddessen ins Ausland verdrücken. Der dümmliche Kohl hätte alleine Shake-hands machen dürfen. So ist das in diesem Staat.

Strauß war es, der mit Gerissenheit den Dummen die Stroessner-Suppe einbrockte. Daß Stroessner jetzt abgesagt hat, ist sicherlich zum Teil auf den Protest der demokratischen Öffentlichkeit zurückzuführen. Eilends ausgebuddelte Knochen, von denen wir nicht feststellen können, wem sie

gehörten, sollen ihn vor den Fragen und Demonstrationen der Antifaschisten schützen. Der Hauptgrund für die Absage ist aber ein anderer: „durch die Verschiebung sollte Zeit für eine bessere Vorbereitung gewonnen werden“. (SZ 8./9. 6. 85)

Die höchsten Vertreter dieses Staates sollen dem Mengele-Schutzheern ihre Reverenz erweisen.

Im Frühjahr 85 war Strauß in Israel. Dort wurde gefragt, was die bayerische Staatsregierung zur Ergreifung des Massenmörders tue. Strauß tat erstaunt. Als man ihm erklärte, er sei da schon die richtige Adresse, denn die Fabrik der Mengele liege schließlich nicht weit von München und der Massenmörder lebe aus ihren Erträgen, da sagte Strauß, das habe er nicht gewußt.

Strauß scheint seine eigene Wahlwerbung nicht zu kennen. In „Löwe und Raute“, der CSU-Wahlzeitung mit Millionenaufage, war in Nr. 3 im Jahre 1980 eine Anzeige der Landmaschinenfabrik Mengele abgedruckt. 1972 bekommt Alois Mengele, der Bruder von Josef Mengele, die höchste Auszeichnung des Freistaats Bayern, den bayerischen Verdienstorden. CSU-Goppel, der übrigens auch im Kuratorium des oben genannten Instituts sitzt, machte sich dafür stark, der damalige CSU-Innenminister Merk überreichte den Orden.

In Israel bat man Strauß, wegen Zahlungen der Firma Mengele an Josef Mengele Untersuchungen einzuleiten. Strauß versprach's. Das Ergebnis in einer offiziellen Stellungnahme der bayerischen Staatsregierung hieß dann: das Steuergeheimnis ließe eine Untersuchung nicht zu.

Da braucht es niemanden zu wundern, daß der Millionenbesitzer der Mengeles nicht von der bayerischen Staatsregierung oder von der Bundesregierung konfisziert wurde - wie es doch eigentlich selbstverständlich gewesen wäre, um wenigstens einen kleinen Teil der Leiden der Opfer von Auschwitz abzugelten. Aber nur ein wenig Gerechtigkeit für die KZ-Opfer - nein so weit geht man in diesem Staat nun doch nicht! (In der DDR wurde zur Wiedergutmachung der Besitz von NS-Mördern konfisziert).

Daß Mengele geschützt wurde, daß die, die ihn beschützen, nicht belangt werden - das macht schon seinen Sinn.

Denn solange Dummheit und Gerissenheit in diesem Land die Macht haben und die Geschäfte führen, solange besteht ein Interesse daran, daß Verbrecher wie Mengele und Barbie wissen, wo sie gebraucht werden. Ganz ohne Bluthunde meint man wohl nicht auskommen zu können.

Und wer sollte denn die Häscher auf sie hetzen? Die Staatsanwälte und Richter, von denen kein einziger für seine Blutrurteile bestraft wurde, von denen kein einziger gehen mußte? Strauß, der ehemalige Offizier für

wehrgestaltige Führung? Eine Krähe hackt der anderen kein Auge aus.

Kann das nicht auch anders sein? Wenn ja, da sitzen die alle hinter Schloß und Riegel, aber sofort!



Kein einziger der 309 Ichenhausener jüdischen Glaubens war 1945 noch dort, allesamt vertrieben oder erschlagen oder vergast. Verladen am Bahnhof in die „Judenrutsch'n“, angekommen irgendwann in einem der zahllosen Massenvernichtungslager der deutschen Christenmenschen. Z.B. an der Rampe im KZ Auschwitz, wo Josef Mengele mit einer Daumenbewegung über den sofortigen oder späteren Tod der Angekommenen bestimmte. Dafür heißt jetzt in Ichenhausen eine Straße schlicht Mengele-Straße. Welcher Besucher Ichenhausens käme schon auf die Idee, daß diese Straße „nur“ dem Bruder des Massenmörders gewidmet sei, weil dieser so „sozial-gütig“ gewesen sei (und bis zu seinem Tod die Verbrechen seines Bruders in Schutz nahm).



Mengele steht für fortschrittliche Technik, Qualität, prompten Service. Nicht zuletzt deswegen sind wir bei Ladewagen der größte Hersteller der Welt. Als Häcksel-Spezialist bieten wir ein schlagkräftiges Programm.
Karl Mengele & Söhne
8870 Günzburg

MENGELE



**Rannten
die Klaffter
FJS**

Alles wird dir nicht,
doch viel ist dir bewußt.
GÖTTE, FAUST

Wenn gute Reden
zu begreifen,
dann heißt die Arbeit
manier für
SCHILLER, GLOCKE

Es ist besser als sein Ruf
(VID)

Meiner Idee nach ist Energie
die erste und einzige Tugend
des Menschen.
WILHELM VON HUMBOLDT

Dem Menschen ist ein Mensch
noch immer lieber als ein Engel.
LESSING

Der eine fragt:
Was kommt danach?
Der andere fragt nur:
Ist es recht?
Und also entscheidet sich
der freie von dem Kerker.
H. K. STORM

Löwe & Raute
Ein bayerisches Magazin



Nummer 1
Mai 1981

Ehrendoktor in spe:

wg. „Konstanz und Wandel politischer Grundwerte“



**Doch dem Kreuz dort auf dem Laken
Fehlen heute ein paar Haken
Da man mit den Zeiten lebt
Sind die Haken überklebt**